

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia“
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler,
Karlsbad. Verantwortlicher
Redakteur: Wenzel Horn,
Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . . . K 1.40
Monatlich . . . „ 6.—
Vierteljährlich . . . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . . . K 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . . . „ 24.—

Hitler hat Angst vor der Revolution

Adolf Hitler, der Alleinherrscher, hat Angst. Er hat Angst von der Revolution. In Reichenhall hat er zu seinen Unterführern gesagt: Rücksichtslos werde er sich der sogenannten „zweiten Revolution“ entgegenstellen, denn diese könne nur ein Chaos zur Folge haben.

Die sogenannte erste Revolution bestand in der Ermordung der politischen Gegner, ihrer Gefangensetzung und im Raub ihres Eigentums. Sie bestand in der Verwandlung einer Demokratie in einen Sklavenstaat.

Am 5. März stimmten — trotz Brandanschwindel und Unterdrückung der Arbeiterpresse — die Mehrheit des deutschen Volkes, 56 Prozent oder 22 Millionen Männer und Frauen, nicht nationalsozialistisch. Diese 22 Millionen Deutsche sind heute ohne jede Vertretung, ohne Presse, ohne Organisation. Ihnen fehlt jede Möglichkeit, mit einander in Verbindung zu treten und ihre Meinung zu sagen.

Zehntausende sind aus ihren Ämtern gejagt, jeder Existenzmöglichkeit beraubt, in Konzentrationslagern eingepfercht. Andere Zehntausende sind mit dem nationalsozialistischen Parteibuch in die leergebliebenen Posten eingerückt und fühlen sich als Herren.

Das war die erste Revolution. Nun warten die Massen auf die zweite, die ihnen die Erfüllung der gegebenen Versprechungen bringen soll. Und das nun ist die „zweite Revolution“, der sich Adolf Hitler entgegenstellt.

Im „Reichswart“ knüpft Graf Reventlow an den Sturz Hugenburgs vergangene Hoffnungen.

„Der groteske Zustand“, schreibt er, muß jetzt endlich ein Ende nehmen, daß die Ministerien Hugenburgs für Großgrundbesitz und Großkapital

kämpfen und Hochburgen des reaktionären Klassengedankens bildeten.“

So erfährt man aus berufenem Munde, daß es bis vor wenigen Tagen noch innerhalb der Regierung Adolf Hitlers Hochburgen des reaktionären Klassengedankens, Hochburgen des Großkapitals und der Großgrundbesitzer gegeben hat.

Sind sie verschwunden, seit die Kurt Schmitt, Feder und Darré sich in Hugenburgs Erbe teilten? Ach nein! Die „Hochburgen des reaktionären Klassengedankens bestehen in der Regierung weiter, und Adolf Hitler schützt sie vor der zweiten Revolution“.

Wer spricht noch von Sozialisierung, von Verstaatlichung des Großgrundbesitzes? Hände weg, heilig ist das Eigentum — ausgenommen das Eigentum der Arbeiter.

Den Arbeitern darf man ihre Presse, ihre Kampffonds, ihre Vereinshäuser, ihre Einrichtungen stehlen. Expropriation der Expropriateure, Enteignung der Enteigner, war eine Forderung des verruchten Marxismus.

Der Hitlerismus expropriert nur die Expropriierten.

Keine zweite Revolution! Der Geschäftsmann ringt die Hände, noch nie war sein Laden so leer. Der Bauer flucht, was nützen behördliche Preistreibe- reien, wenn kein Mensch zu erhöhten Preisen kaufen kann. Der anständige Beamte schämt sich, Verbrechern gehorchen zu müssen und ersehnt eine neue Aenderung der Dinge. Der SA.-Mann aber murren. Er sieht seine Führer fressen, daß ihnen das Fett rechts und links aus dem Maul rinnt, aber für ihn ist die Tafel

noch nicht gedeckt und er muß den Riemen noch immer eng ziehen.

Das alles aber sind die Schichten, mit denen Hitler die „erste Revolution“ gemacht hat.

Die Meutereien reißen nicht ab. Zu den Marxisten und Stahlhelmen in den Konzentrationslagern gesellen sich immer mehr Leute von der SA. Das gibt dann explosive gefährliche Mischungen.

Adolf Hitler graut es vor der zweiten Revolution.

Diese zweite Revolution muß aber eine wirkliche sein und nicht bloß, wie die erste, eine in ihr Gegenteil umgelogene Konterrevolution.

Die Revolution wird nur dann wirklich sein, wenn sie mit den Verbrechen der Konterrevolution und den Verbrechen selbst schonungslos aufräumt, dem arbeitenden Volke die geraubten Rechte wiederbringt und die Hochburgen des Großkapitals wie des Großgrundbesitzes dem Erdboden gleichmacht. Das ist dann keine „nationale“ Revolution mehr, sondern eine sozialistische!

Träger dieser Revolution kann nur die Arbeiterklasse sein. Ein Wort von Karl Marx, das zeitweilig außer Kurs war, hat heute für Deutschland wieder volle Geltung:

„Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.“

Das ganze deutsche Volk, von dem regierenden Verbrechertum abgesehen, hat heute nichts mehr zu verlieren als seine Ketten. Das ganze deutsche Volk aber hat heute vor sich selber und der Menschheit nur die eine große Pflicht, sich von einem Regime zu befreien, das für Jahrtausende der schlimmste Schandfleck seiner Geschichte bleiben wird!

Wo ist Stelling? Verwundet und verschollen

Angehörige und Freunde sind in höchster Sorge um das Schicksal Johannes Stelling's.

Stelling wurde am 21. Juni von SA. aus seiner Wohnung geholt und schwer verletzt. Seitdem fehlt von ihm jede Nachricht.

Der 21. Juni ist bekanntlich der Tag der Massenverhaftung sozialdemokratischer Funktionäre in ganz Deutschland. Es ist auch der Tag, an dem sich in Köpenick die Tragödie Schmaus abgespielt hat.

An diesem Tage wurden in Köpenick etwa 40 Personen aus ihren Wohnungen geholt und zum Teil schwer mißhandelt. Zu denen, die am schlimmsten zugerichtet wurden, gehörte Johannes Stelling.

Man transportierte ihn dann ab — angeblich in ein Krankenhaus. Aber niemand ist imstande, oder bereit, Auskunft zu geben, wo sich Stelling befindet.

Ungezählte Gänge zur Polizei blieben erfolglos. Offenbar wußte die Polizei selber nichts und hatte sie auch nicht die Möglichkeit, sich zu unterrichten.

Man entschloß sich also, zum Führer der SA zu gehen. Dieser erklärte: „Herr Stelling ist verletzt worden und wurde dann entlassen.“ Auf die Frage, ob Stelling noch am Leben sei, gab er keine Antwort als ein verlegenes Achselzucken.

Stelling war Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Parteivorstandes und des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Er war früher zweimal Ministerpräsident von Mecklenburg. In seiner politischen Laufbahn hatte er sich viele Gegner, aber keine persönlichen Feinde geschaffen. Auch bei politischen Gegnern ist er wegen seiner unantastbaren Lauterkeit, seiner unbestechlichen Sachlichkeit und der Umgänglichkeit seines Wesens geschätzt.

Dieser Mann ist nun — aus keinem anderen Grunde, als weil er ein „Marxist“ ist — wie ein Hund niedergeschlagen und verschleppt worden — niemand weiß wohin. Wochenlang können seine Angehörigen nicht erfahren, wo er sich befindet, ob er tot ist oder ob er noch lebt.

Das ist die Ordnung, die Adolf Hitler geschaffen hat!

Der Fall steht nicht allein. Täglich verschwinden Menschen, täglich werden in Wäldern und Flüssen Leichen gefunden. Bei Berlin allein in den letzten Tagen eine in der Zerpenschleuße, zwei in der Dahme bei Grünau, also in der Nähe von Köpenick!

Wo ist Johannes Stelling?

Johannes Stelling ermordet

Während des Druckes dieser Ausgabe erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Johannes Stelling nicht mehr unter den Lebenden weilt

Die schwarze Front muckt auf

Aufteilung des Großgrundbesitzes — die härteste Nuß!

Bei der Hitlerwahl sind schätzungsweise 3 bis 4 Millionen kleiner und mittlerer Bauern unter ihrer schwarzen Fahne in der Nazifront aufmarschiert. Jetzt fordern sie die Einlösung aufmarschiert. Jetzt fordern sie die Einlösung aufmarschiert. Jetzt fordern sie die Einlösung aufmarschiert.

der gesamte Grundbesitz über eintausend Morgen und aller Boden, der nicht unter eigener Bewirtschaftung steht, zwangsweise enteignet wird.

Für die Berechnung des Wertes des zu enteignenden Bodens sollte die letzte Vermögenssteuererklärung des seitherigen Eigentümers als Grundlage dienen; dieser Wert sollte jedoch nicht in bar erstattet werden, sondern durch

Hingabe von Stücken einer aufzulegenden unverzinslichen und mit jährlich 1,5 Prozent zu amortisierenden Anleihe.

Wegen dieser Ausführungen, die in Schlesien stärksten Widerhall fanden, haben einige Großgrundbesitzer, deren Namen vorerst unbekannt sind, eine Beschwerde an den preußischen Ministerpräsidenten Göring, an den Reichskanzler Hitler und an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Herr Göring, als die vorgesetzte Stelle des schlesischen Oberpräsidenten, hat hierauf Herrn Brückner telegraphisch ersucht, die

„Propagierung solcher bolschewistischer Pläne unverzüglich einzustellen“.

Ob und wie weit Herr Göring hierbei im Einverständnis mit Hitler oder auf Druck Hindenburgs gehandelt hat, ist unersichtlich. Jedenfalls aber hat Herr Brückner die Befolgung des an ihn ergangenen Befehls des preußischen

Ministerpräsidenten abgelehnt mit der Erklärung, daß

dieser Befehl im unlösbaren Gegensatz stehe zu dem nationalsozialistischen Parteiprogramm,

dem er, Brückner, genau in demselben Umfange verpflichtet sei, wie der preußische Ministerpräsident und wie der Reichskanzler selbst. Im übrigen ersuchte Brückner um die definitive Entscheidung des Reichsstatthalters für Preußen, das heißt des Reichskanzlers Hitler, der „allein für die Regelung dieser für den Bestand der nationalsozialistischen Revolution lebenswichtigen Frage kompetent“ sei.

Reventlow klagt an!

Graf Reventlow, der seit zehn Jahren eine führende Rolle in der nationalsozialistischen Bewegung innehat und heute zu dem oberen Führerkreis der Nazibewegung gehört, hat einen aufsehenerregenden Brief an Hitler geschrieben, in dem er zwar vorsichtig, aber in sachlich durchaus klarer Form, die Greuel- taten der SA. zugibt und auf den „wahnsinnigen Haß“ hinweist, der infolge dieser Bestialitäten in der Arbeiterschaft entstanden ist. Wir bringen den Brief auf der vierten Hauptblattseite.

Chaos in den Landeskirchen

Generalsuperintendenten im Konzentrationslager und im Hungerstreik. — Ein Aufruf den niemand zu drucken wagt. — SA-Patrouillen bei Gotteshäusern.

„Gott und sein Werkzeug Adolf Hitler“ haben nach den Worten des Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens, eines Herrn Jäger, „das bolschewistische Chaos von Deutschland abgewendet.“ Inzwischen hat hat das Werkzeug Gottes, Adolf Hitler, mitsamt seinem Staatskommissar in den evangelischen Landeskirchen selbst ein Chaos angerichtet, das mehr als bolschewistisch ist. Der Lärm wurde so groß, daß selbst der alte Reichspräsident wider alles Erwarten plötzlich erwachte und einen rührseligen Brief an Adolf Hitler schrieb, in dem er an dessen „Staatsmännische Weisheit“ appelliert. Aber auch das wird nicht helfen, wenigstens nicht für die Dauer. Schon wehen auf den Kirchtürmen die Hakenkreuzfahnen und auch hier gilt das Wort des kleinen Goebbels: „Pardon wird nicht gegeben, es kommt jeder an die Reihe!“

Die reichsdeutsche Presse darf über den Krieg im evangelischen Lager nur die Berichte des nationalsozialistischen Hauptquartiers veröffentlichen. Die Veröffentlichung anderer Kundgebungen ist vom Propagandaministerium verboten. Die Bürger des Dritten Reiches können daher nicht erfahren, daß die Absetzung des Generalsuperintendenten Dibellius der Kurmark, Karowsin der Mark Brandenburg und des Bundesdirektors des Kirchenbundesamtes Dr. Hoselmann nur Symptome einer allgemeinen Erscheinung sind: Alle Generalsuperintendenten und sonstigen höheren Geistlichen, soweit sie deutschnationaler Gesinnung verdächtig sind, sind ihres Amtes enthoben, drei von ihnen sind in das Konzentrationslager abgeschoben, wo einer von ihnen in den Hungerstreik eingetreten ist. In der Nähe bestimmter Kirchen patrouillieren an den Sonntagen Schupo und SA-Hilfspolizei.

Die Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche der altpreußischen Union haben einen Aufruf erlassen, den kein einziges reichsdeutsches Blatt abdrucken wagt. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Die preußische Staatsregierung hat einen Staatskommissar für die evangelischen Kirchen eingesetzt und die Umgestaltung des Kirchenwesens in eigene Hand genommen. Die Kirchenleitung hat dagegen feierlich Verwahrung eingelegt. Sie hat die Leitung des Reiches gebeten, der Kirche zu ihrem Recht zu helfen. Dieser Verwahrung schließen wir uns ausdrücklich an.

Die evangelische Kirche der altpreußischen Union ist durch diese Vorgänge in eine Lage von ungeheurem Ernst gebracht worden. Wir lassen die Rechtsfragen hier beiseite. Uns ist die geistliche Leitung unserer Sprengel anbelohnen. In der Verantwortung dieses Amtes, in dem wir uns allein unserem Gott verantwortlich wissen, wenden wir uns an die Gemeinden unserer Sprengel und an ihre Geistlichen.

Das innerste Leben unserer Kirche steht auf dem Spiel!

Zwar ist die Versicherung abgegeben worden, daß die Souveränität des Evangeliums und seine freie Verkündigung nicht angetastet werden soll. Aber Außen und Innen stehen in einer christlichen Kirche in enger Wechselwirkung.

Auch uns ist es ein ernstes Anliegen, daß Volk und Kirche sich finden. Auch wir sind entschlossen, durch die Arbeit der Kirche an der Einigung unseres Volkes mitzuarbeiten.

Aber solche Ziele dürfen in einer Kirche niemals mit politischen Machtmitteln verfolgt werden.

Niemals darf die Kirche dem Druck politischer Gewalten ausgesetzt werden. Sonst wird die mutige Verkündigung der evangelischen Wahrheit und die offene Erörterung der großen Fragen unseres Glaubens gefährdet. In einer Kirche, die allzu eng an den Staat gebunden ist, verkümmern die tiefsten Kräfte des Glaubens. Das lehrt die Geschichte. Vor allem darf das Evangelium der deutschen Reformation in einer politisch leidenschaftlich bewegten Zeit

nicht politisch verälscht werden. In dieser Gefahr steht unsere Kirche. Wir haben den Eindruck, daß man im Kreise der Männer, die jetzt vom Staat an die Spitze der Kirche gestellt werden, dieser Gefahr in Lehre und Haltung nicht selten erliegen ist. Eine Persönlichkeit, wie die des Pfarrers Hossenfelder, in dem höchsten geistlichen

Amt unserer Kirche vermögen wir um unseres Gewissens willen nicht anzuerkennen.

Unsere schwere Sorge um die innere Zukunft unserer Kirche tragen wir vor Gott. Wir tragen sie vor die uns anvertrauten Gemeinden und vor ihre Pfarrer. Wir rufen sie auf, sich mit uns zusammenzuschließen, damit Volk und Kirche vor schweren Schäden bewahrt bleiben.

Am kommenden Sonntag wollen wir diese ganze Not unserer Kirche im Gottesdienst vor das Angesicht des lebendigen Gottes bringen.

Es soll ein Buß- und Betgottesdienst sein!

Wir bitten unsere Amtsbrüder, die Glieder unserer Gemeinden in dieser Zeit mit besonderer Treue um Gottes Wort zu sammeln. Wir bitten die Glieder der Gemeinden, den Pfarrern dabei zur Seite zu stehen. Die Zeit, die wir jetzt durchschreiten, muß eine Zeit heißer Fürbitte für die Kirche des Evangeliums sein!

Das Schicksal unserer Kirche liegt in Got-

tes Hand. Seiner Kraft und Gnade befehlen wir unsere Gemeinden! Ihm befehlen wir unser geliebtes deutsches Volk!

Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein!

Die Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche der altpreußischen Union

Der Abdruck dieses Aufrufes der Generalsuperintendenten ist, wie schon gesagt, verboten worden. Die Aufforderung, den Sonntag dem 2. Juli, als Buß- und Bußtag zu begehen, ist von dem Staatskommissar mit der Weisung beantwortet worden, daß Dank- und Freudentgottesdienste zu veranstalten seien. Beide Anweisungen sind unter Berufung auf Gott erlassen.

So haben Adolf Hitler und sein Werkzeug, der Staatskommissar Jäger, das bolschewistische Chaos abgewendet.

„Sichtbarlich!“

Torgler in Ketten!

Kalter Justizmord in Deutschland.

Der Prozeß um den Reichstagsbrand läßt auf sich warten. Noch wissen die großen Verbrecher nicht, ob sie sich vor der Welt die Komödie einer Gerichtsverhandlung leisten können. Noch fühlen sie sich nicht gesichert vor peinlichen Zufällen, durch die plötzlich doch die Wahrheit ans Licht kommen könnte.

Einstweilen präpariert man die Opfer. Wir erfahren aus unbedingt zuverlässiger Quelle, daß der frühere Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgler, den man wider besseres Wissens als angeblichen Komplizen des Brandstifters verhaftet hat, im Untersuchungsgefängnis Tag und Nacht in Ketten gehalten wird!

Torgler ist infolge dieser Behandlung dem vollkommenen seelischen Zusammenbruch nahe.

Man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sich Torgler selbst gestellt hat.

Als die Hitler-Göring-Regierung die Lüge verbreitete, Torgler — der am Abend der Brandnacht lange im Reichstagshaus geweltet hatte — sei ein Komplize des Van der Lubbe, wurde Torgler von Freunden gerettet, sich schleunigst in Sicherheit zu bringen.

Im Gegensatz zu diesen Ratschlägen entschloß sich jedoch Torgler mit seiner Person der lächerlichen Lüge entgegenzutreten. Zu diesem Zweck begab er sich zusammen mit seinem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld in das Polizeipräsidium, wo er festgehalten wurde.

Immer noch glaubte er, angesichts seiner offenbaren Unschuld an eine baldige Besserung seiner Lage. Am 23. März kündigte aber Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede die öffentliche Hinrichtung der vorgeblichen Brandstifter an.

Seitdem wird Torgler gefangengehalten wie ein Tier, das zur Schlachtkamp geführt werden soll.

Torgler ist verheiratet, er hat eine Frau und zwei Kinder in unmündigem Alter.

Paul Toller

Ein Jude, der ins Dritte Reich paßt.

Herr Paul Toller, der sich in Prag als Spion der Hitler-Regierung (in solchen Fällen ist jüdische Rasse kein Hindernis für eine Anstellung im Dritten Reich!) betätigte, ist ein Mann mit einer Vergangenheit, die zum Glück nicht allen Leuten unbekannt ist.

Den Rechtsausschuß des Preuß. Landtages hat Paul Toller seit etwa 1924 bis noch 1932 mit einer Unzahl von Gnadensuchen bombardiert, denn Paul Toller, leider muß es gesagt sein, gehörte zur Stammkundschaft des Moskauer Kriminalgerichts, weil sein Unterscheidungsvermögen für Mein und Dein nicht allzu fein entwickelt war. Er galt als gewohnheitsmäßiger Betrüger.

In Briefen, mit denen er die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses für den Erlaß seiner zahlreichen Strafen zu gewinnen suchte, prözte P. T. in aufdringlichster Weise, teils mit seiner angeblichen Verwandtschaft zu dem Dichter Ernst T., teils auch mit seiner groß-

zügigen Wohltätigkeit. Als eines der sozialistischen Ausschußmitglieder über diese Wohltätigkeit Tollers nähere Auskunft erbat, stellte sich heraus: P. T. hatte tatsächlich für verarmten jüdischen Mittelstand Gelder gesammelt und — die Gelder dann für sich verwendet!

Es ist immerhin interessant: Für jüdische Gelehrte wie Einstein und Prof. Borchardt, für jüdische Künstler wie Bruno Walter und Max Reinhardt, für jüdische Dichter wie Wassermann und Feuchtwanger ist in Hitler-Deutschland kein Platz. Aber für einen jüdischen Gauner hat Hitler Verwendung — als Spion gegen die Marxisten!

Christ am Pranger

Aus Holland schreibt man uns:

Die Holländische Grenzbevölkerung hat mitunter Gelegenheit, einen Blick über den Zaun des Dritten Reiches zu tun. So waren Holländer die, die die deutsche Grenzstadt Gronau i. W. passierten, Zeugen eines Schauspiels, das so recht das wiedererwachte Mittelalter zeigt. Vor dem Rathaus von Gronau mußte ein Angestellter des Christl. Textilarbeiterverbandes unter Bewachung von zwei SA-Leuten am Pranger stehen. Man hatte ihm eine Tafel mit der Aufschrift um den Hals gehängt: „Ich bin der größte Betrüger von Gronau.“ Die SA-Leute achteten streng darauf, daß das Schild und das Gesicht des Mannes den Straßenpassanten zugekehrt blieben. — Für die Holländer war das Schauspiel unfassbar, sie fragten sich, ob in Deutschland 1933 oder 1533 geschrieben werde. Sittliche „Erneuerung“, oder vier Jahrhunderte rückwärts!

Darré gegen Goebbels

Er will ihn im Sumpf ersticken.

Der neue Landwirtschaftsminister Walter Darré hat ein Buch geschrieben. „Das Bauerntum als Lebensquelle der

nordischen Rasse“ worin u. a. folgendes zu lesen steht:

„Die nordische Rasse hat sich durchaus nicht nur mit klaren Zuchtgesetzen sowie einer scharfen Ausmerze unter ihren Neugeborenen begnügt, um ihre erreichte Leistungshöhe zu halten. Nein, das ganze Leben jedes Einzelnen stand unter dem Gesetz, daß nur durch das Ausjäten der Minderwertigen eine Kultur auf ihrer Höhe zu erhalten ist.“

Noch die Germanen ersticken Feiglinge, Kampflustige und Leute von verächtlichem Körper kunzerhand in den Sümpfen. Diese Maßnahmen sind deshalb recht bezeichnend, weil man Todesstrafen, die lediglich zur Abschreckung dienen sollten, durch Erhängen der Betroffenen ausführte. Erstickt im Sumpf wurde also nur, was aus züchterischen Gründen ausgemerzt, d. h. von der Oberfläche der Welt verschwinden sollte: eine Strafe im juristischen Sinn sollte damit wohl überhaupt nicht ausgedrückt werden. Ob im übrigen die nordische Rasse sich ihrer Zuchtnieten durch Erstickten entledigte — heute hätten wir dafür die Möglichkeit der Sterilisation — oder ob der Tierzüchter seine Merztiere dem Metzger anvertraut, ist im Grunde gleichgültig.“

Nachdem neulich schon der Reichsinnenminister Frick ein ähnliches Programm entwickelt hat, kann der Reichspropagandaminister Goebbels von Glück sagen, wenn er nicht im Sumpf erstickt, sondern nur sterilisiert wird.

„In zivilisierten Ländern“

Das holländische Wochenblatt „Haagsche Post“ teilt in seiner Nummer vom 10. Juni wörtlich und kommentarlos folgendes mit:

Die Haagsche Post in Deutschland.

Die „Haagsche Post“ kann künftighin nicht mehr nach Deutschland geliefert werden, da sie dort bis auf weiteres Befehl von der Nazi-Regierung verboten worden ist.

In zivilisierten Ländern bleibt sie wie seit je erhältlich.

Das unberührbare Deutschland

Aus Straßburg meldet die Pariser Presse:

„Seit einigen Tagen stellt man hier fest, daß die großen internationalen Züge, die in Richtung Straßburg-Paris den südlichen Teil Deutschlands durchqueren, keine Reisende mehr mit sich führen. Diese großen Züge von solchen Bahnen beförderten gewöhnlich zweihundert Reisende. Jetzt kommen sie mit zwei bis drei Passagieren an. Gestern hat der Luxuszug mit sieben Personen eine Höchstzahl erreicht. Die Reisenden ziehen den Umweg über Oesterreich und die Schweiz vor, um Deutschland nicht berühren zu müssen.“

Ueberpreußen mit Schwert und Blitz

Bei einem Gartenfest der Technischen Hochschule in Charlottenburg hielt Ministerpräsident Göring eine Ansprache, in der er sagte: „Deutschland ist heute ein Ueberpreußen geworden. In diesem Sinne habe ich befohlen, daß der alte preußische Aar wieder das Schwert und den Blitz erhält, die ihm der Novemberskandal geraubt hat und zum Zeichen, daß er gewillt ist, zur Sonne emporzusteigen und das Heiligste mit dem letzten zu verteidigen.“

Und Seldte sprach:



Außenamt wird gleichgeschaltet!

Aus dem Schweigen über Veränderungen im Personal des Diplomatischen Korps wird irrtümlich gefolgert, daß die Nazis diese Domäne der Feudalaristokratie unangestastet lassen wollen. Das ist aber ein Irrtum. Bereits seit Wochen sitzt im Auswärtigen Amt ein Fürst Waldeck als Nazikommissar mit der besonderen Aufgabe, alle Personalangelegenheiten im Sinne Hitlers und Rosenbergs zu behandeln.

Als eine der Früchte dieser Tätigkeit ist die Abberufung des Botschaftsrats Graf Bernstorff von London zu betrachten. Bernstorff wird durch einen Nazispitzel ersetzt werden, dem die besondere Aufgabe zufällt, den Botschafter von Hoesch, der auch jetzt noch als nichtgleichgeschaltet gilt, zu überwachen. Kann man zwar auf Hoesch wegen des unliebsamen Aufsehens, das seine Abberufung in England hervorgerufen würde, im Augenblick noch nicht verzichten, so will man ihn doch scharf überwachen.

Die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes betrachten es als ihre Aufgabe, den Blödsinn, den die Osafs machen, ein wenig zu mildern. Wenn auch sie erst geflogen sind, kann es besser werden!

Dänemark rüstet...

Grenzschutz gegen das Dritte Reich.
Der Kopenhagener „Social-Democraten“, das Zentralorgan der dänischen Sozialdemokratie, die jetzt die Regierung Dänemarks führt, veröffentlicht in großer Aufmachung Mitteilungen über geheime militärische Vorbereitungen Deutschlands, insbesondere über die Militärausbildung der deutschen Jugend. In diesem Zusammenhang schreibt das Blatt:

Der dänische Ministerpräsident (der Führer der dänischen Sozialdemokratie, Stauning, Red.) hat wiederholt erklärt, daß die dänischen Sozialdemokraten mit der Zeit gehen müssen. Er hat jetzt selber das Verteidigungsministerium übernommen. Unter den heutigen Umständen ist eine Abrüstung Dänemarks nicht mehr vertretbar. Der Ministerpräsident wird vielmehr im Rahmen des Heeresgesetzes von 1932 die Aufgabe haben, für die Verteidigung der Grenze zu sorgen, damit die Bewohner der Grenzgebiete nicht in ständiger Furcht vor einem Einfall irregulärer militärischer Truppen aus dem Süden leben müssen.

Diese Äußerung des dänischen Regierungsorgans ist um so bemerkenswerter, als, wie man weiß, die dänische Sozialdemokratie, bis vor kurzem die Forderung nach weitgehender Abrüstung der dänischen Streitkräfte in den Mittelpunkt ihrer ganzen Politik gestellt hatte. Es ist also Hitler-Deutschland glücklich gelungen, dem wirklich nordischen, wirklich demokratischen und wirklich friedlichen dänischen Volk seinen Pazifismus auszutreiben!

Versailles - fester denn je!

Zum 28. Juni, dem Unterschriftungstag, schrieb die Londoner „Times“:

Jener Teil der deutschen Reichsrede, der den Vertrag in Versailles als aufgezwungen und nicht in Verhandlungen ausbedungen kritisiert, kann nicht mit einer Handbewegung beiseite geschoben werden, und ebensowenig kann behauptet werden, daß die neuen Grenzen in Europa überall richtig gezogen worden sind. Das Deutschland Stresemanns und Brünnings hatte auch schon begonnen, die Welt davon zu überzeugen, daß der Frieden in Europa nicht sicher begründet sein wird, so lange er nicht in Freiheit beraten und ohne Verwahrung angenommen worden ist. Es ist eine der seltsamsten Ironien der Zeit, daß eine Bewegung, die selber eine Rebellion gegen den Vertrag darstellt, die Weltmeinung so verändert hat, daß die Revisionsfrage völlig in den Hintergrund getreten ist. Für die Behandlung einer so delikaten Frage, wie die Revision eine ist, bleibt gegenseitiges Vertrauen die erste Grundbedingung. Das Nazi-Regime aber hat das Vertrauen wieder verloren, das die anderen Völker zu dem Deutschland nach dem Kriege zu empfinden begonnen hatten.

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß ja auch Hitler selbst durch Paraphierung des Viermächtepaktes für zehn Jahre auf die Revision verzichtet hat.

Stahlhelm muß SA. grüßen!

Der Bundesführer des gleichgeschalteten Stahlhelms, Seidte, hat angeordnet, daß die Stahlhelmer in Zukunft der SA und der SS die üblichen Ehrenbezeichnungen zu leisten haben. Einzelheiten werden in einem ausführlichen Erlass geordnet.

Finanzielle Reichszerstörung

Kommunen am Ende.—Reichsetat 1933, eine Buchfälschung.— Die allerneuesten Herren der Wirtschaft

Die Stadt Berlin teilt ihren Gläubigern ihre Zahlungsunfähigkeit mit. Mitten in den eingeleiteten Verhandlungen erklärt sie, nicht länger warten zu können und setzt einseitig die Zinsen auf 4 Prozent herab, während sie gleichzeitig „bis auf weiteres“ die Zahlung von Tilgungsbeiträgen aussetzt. Die Auslandsschulden und die kommunalen Pfandbriefe sollen zunächst von dieser „Regelung“ ausgenommen werden. Vor kurzem hatte bereits der Berliner Stadtkämmerer die Schulden Berlins auf 1400 Millionen Reichsmark angegeben, wovon 226 Millionen täglich oder in kurzer Frist fällig seien; die Lieferanten werden erst nach Wochen oder Monaten bezahlt. Der Kämmerer selbst erklärt, die Stadt sei völlig zahlungsunfähig. Die Nachricht kommt deshalb einigermaßen überraschend, weil man annahm, daß durch den teilweisen Verkauf der Berliner Elektrizitätswerke die Finanzen halbwegs konsolidiert seien.

Ähnliche Erklärungen veröffentlichten Dresden und Lübeck.

Neben diesen Großstädten haben eine ganze Anzahl anderer Gemeinden ihren Gläubigern Ultimaten gestellt, und erklärt, die kurzfristigen Schulden nicht bezahlen zu können.

Die Zerrüttung der Kommunalfinanzen wird immer offensichtlicher,

während die nationalsozialistische Regierung sich um die dringende Umschuldung der Gemeinden nicht im geringsten kümmert und nicht nur dem Verfall tatenlos zusieht, sondern durch Herabsetzung der Steuern und Ueberwälzung neuer Lasten den Ruin der Gemeinden noch beschleunigt. Kein Wunder, daß die Wohlfahrtsunterstützungen immer mehr verringert werden. Die berühmte Milliarde des Hitler für Arbeitsbeschaffung wird, soweit sie überhaupt ausgezahlt wird, in dem Abgrund der Gemeindefinanzen verschwinden, um die Gemeinden in die Lage zu versetzen, die dringendsten Instandhaltungen an den Gebäuden und Wegen zu leisten und die notdürftigsten Unterstützungen auszuführen.

Die Lage der Länder und Gemeinden wird sich im Laufe des Jahres rasch weiter verschlechtern. Denn die schon im vergangenen Etatsjahr ganz ungenügenden Ueberweisungen des Reichs werden noch weiter verkürzt.

Der Reichsetat für 1933

ist jetzt drei Monate nach dem Beginn des Etatsjahrs im Kabinett verabschiedet worden. Es bleibt aber bei dem Skandal, daß die Öffentlichkeit von dem wirklichen Inhalt kaum etwas erfährt. Es wird nur eine Reklamenotiz mitgeteilt, daß der Haushaltsplan in sich ausgeglichen sei. Aber selbst aus den spärlichen, schöngelbten Notizen geht hervor, daß diese Behauptung ein frecher Schwindel ist.

Im Reichshaushaltsplan für 1933 waren die Ausgaben und Einnahmen mit rund 8,2 Milliarden veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben betragen 7,9 und die tatsächlichen Einnahmen 7,3 Milliarden. Das Defizit betrug 600 Millionen. Jetzt werden die Ausgaben für 1933 mit nur 5,9 Milliarden angegeben. Diese Verringerung ist nur scheinbar. 1,6 Milliarden, die den Ländern und Gemeinden überwiesen werden und früher im Reichsetat auf der Ausgaben- und Einnahmenseite erschienen, werden jetzt von vorneherein abgesetzt. 400 Millionen dagegen sollen eine wirkliche Verminderung von Ausgabeposten darstellen.

Papier ist geduldig. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die

Ausgaben der nationalsozialistischen Diktatur ständig wachsen. Die Ausgaben für die ständig vor sich gehende Aufrüstung, für das immer mehr anwachsende Heer von Parteilbuchbeamten und Kommissaren jeder Art,

für die Unterhaltung der SA. und SS., für die Arbeitslager, den freiwilligen- und den Zwangsarbeitsdienst, erscheinen offenbar überhaupt nicht im ordentlichen Etat. Es sind Ausgaben, die zunächst Wechselreiterei, in letzter Instanz durch die Notenpresse, geleistet werden, die aber den Etat immer stärker belasten müssen, wenn sie nicht rasch und unaufhaltsam zur Inflation führen sollen.

Noch schwindelhafter ist die Schätzung der Einnahmen. Die Regierung erklärt selbst, daß das Aufkommen an Steuern unter Berücksichtigung einer gewissen Belebung der Wirtschaft geschätzt worden sei. 1932 war das Aufkommen auf 5,4 Milliarden geschätzt und ergab in Wirklichkeit 4,9, eine halbe Milliarde weniger. Das hindert die Regierung nicht, die Einnahmen für 1933 auf 5,1 Milliarden anzusetzen, also sie um 200 Millionen auf dem Papier zu erhöhen.

In Wirklichkeit gehen die Einnahmen aber dauernd zurück.

Im Monat Mai betrugen sie z. B. 525,68 gegen 541,1 Millionen im Mai 1932. Dabei wird in dem neuen Etat der Posten für Schuldentilgung von 240 Millionen auf 100 Millionen herabgesetzt, und 100 Millionen soll der Verkauf von Reichsbankvorzugsaktien aus dem Besitz des Reiches erbringen, die wahrscheinlich ebensowenig vollständig eingehen werden wie im Vorjahr.

Im übrigen sind die Angaben so spärlich und durch das Weglassen aller Vergleichsziffern absichtlich im Dunkeln gelassen, daß sich eine wirkliche Etatskritik gar nicht anstellen läßt. Die Verhinderung jeder Kontrolle ist ja auch der Zweck, den die Regierung verfolgt. Aber das eine ist sicher: Von einem wirklichen Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen ist keine Rede, das ganze Budget beruht auf einer

bewußten und absichtlichen Buchfälschung.

Unter solchen Umständen ist es umso bedenklicher, daß die Anhänger der Inflation im Bereich der Reichsregierung eine sehr bedenkliche Verstärkung erfahren haben. Da ist zunächst

Herr Gottfried Feder, der Brecher der Zinsknechtschaft,

der Erfinder des Feder-Geldes, zum Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums gemacht worden. Er ist bewußter und ausgesprochener Inflationist und wird sich darin sehr leicht mit dem Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Reinhard, treffen, der die Ausgabe von 3-5 Milliarden Arbeitswechsel propagiert, die natürlich ebenfalls nichts anderes als zusätzliches Papiergeld wären. Aber auch

Dr. Darré, der neue Ernährungsminister, kann als Anhänger solcher Ideen gelten. Sein nächstes Ziel ist, eine neue Expropriation der Gläubiger. Er will die Hypothekenzinsen der Landwirtschaft auf 2 Prozent herabsetzen, was natürlich bedeuten würde, daß auch die Zinsen für die landwirtschaftlichen Pfandbriefe auf denselben Satz herabgesetzt werden müßten. Das heißt, die Besitzer der Pfandbriefe würden zwei Drittel ihres Kapitals verlieren. Zur Zerstörung des öffentlichen Kredits käme die Zerstörung des privaten. Fortschreitende Inflation wäre die unausbleibliche Folge.

Dr. Richard Kern.

Briefwechsel Stuttgart-Wien

Der sogenannte „Staatsbeauftragte“ bei der „Schwäbischen Tagwacht“ hatte die Frechheit, der Verwaltung der Wiener „Arbeiterzeitung“ folgenden Brief zu senden:

Stuttgart, den 26. Juni 1933.

Auf die bisherigen wiederholten Mahnungen haben Sie sich zu meinem Bedauern ausgeschwiegen. Da ich als Staatsbeauftragter verpflichtet bin, die Außenstände restlos heizutreiben, ersuche ich Sie hierdurch dringend, den noch offenstehenden Betrag von Mark 5.15 bis spätestens 10. Juli auf das Post-

scheckkonto der „Schwäbischen Tagwacht“ zu überweisen, da ich sonst genötigt wäre, weitere Schritte zu unternehmen.

Hochachtungsvoll
„Schwäbische Tagwacht“, G. m. b. H.
Der Staatsbeauftragte:
I. V.
Otto Fink.

Die Verwaltung der Wiener „Arbeiterzeitung“ antwortete:

An den Staatsbeauftragten bei der „Schwäbischen Tagwacht“, G. m. b. H., Stuttgart.

Auf Ihr Schreiben vom 26. Juni erwidern wir: Wir haben von Ihnen niemals eine Mahnung erhalten, sonst hätten wir Ihnen schon früher folgendes zur Kenntnis gebracht:

Wir haben, obwohl wir mit den meisten sozialdemokratischen Blättern Deutschlands im Tauschverkehr standen, gerade die „Schwäbische Tagwacht“ weder durch Tausch noch im Abonnement bezogen, so daß wir auch dem rechtmäßigen Eigentümer des Verlages nichts schuldig sind. Keinesfalls aber würden wir Ihnen, dem Räuber dieses rechtmäßigen Eigentums, einen Pfennig bezahlen. Selbst für ein Land, das, wie jetzt das unglückliche Deutschland, von Banditen regiert wird, ist es eine ungeheuerliche Rechtsauffassung, daß jemand einen andern beraubt und bestiehlt — nämlich Sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — und daß dieser Räuber und Dieb dann das Recht haben soll, die Schulden des Beraubten einzutreiben.

Mit der Ihnen gebührenden Verachtung
Die Verwaltung der Arbeiter-Zeitung.

Grund zur Verhaftung

Aufforderung zum Austritt aus der Bayerischen Volkspartei.

Gründe, verhaftet zu werden, gibt es in Deutschland ungezählte, und trotzdem reichen sie nicht aus, denn zumeist wird ja ohne Angabe von Gründen verhaftet. Dennoch scheint uns die folgende offiziöse Meldung besondere Achtung zu verdienen:

Im Verlaufe der allgemeinen Haussuchungen bei den Funktionären der Bayerischen Volkspartei wurde auch bei zwei höheren Beamten des Reichspostministeriums Material gefunden. Die beiden Beamten hatten eine Anordnung vorbereitet, derzufolge die Beamten des Reichspostministeriums, die in großer Zahl Mitglieder der Bayerischen Volkspartei sind, aus dieser Partei auszutreten haben, wobei offenbar ein besonderer Zweck verfolgt werden sollte. Einer der beiden, der als Nachfolger des Staatssekretärs Neumeier anerschen war, mußte in Schutzhaft genommen werden. Es ist demnach wohl kaum zu erwarten, daß der Nachfolger des Staatssekretärs aus den durch die Haussuchungen belasteten Beamtenkreisen genommen wird.

In einem Augenblick, in dem die Spatzen schon auf den Dächern pfeifen, daß die Bayerische Volkspartei verboten wird, haben die beiden Beamten ein Zirkular vorbereitet, das zum Austritt aus der Partei auffordert. Warum wurde dieses Entgegenkommen an die Intentionen der hohen Staatsregierung mit einer Verhaftung beantwortet? Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der Mann war, wie gesagt, Kandidat für den Staatssekretärposten, da hat ihn ein nationalsozialistischer Konkurrent schlechtweg einsperren lassen.

Von Rechts wegen!

Judenkinder ins Gefängnis

Bei einer Trauerfeier für den in Palästina erschossenen Zionistenführer Arlosoroff in der Berliner Philharmonie wurden — wie Reuter meldet — etwa 80 Jungen im Alter von 10 bis 15 Jahren von SA überfallen und ins Polizeipräsidium verschleppt, wo sie die Nacht verbringen mußten. Grund: Neue einheitliche Kleidung hatte den Verdacht erregt, daß sie — als Saalschutz dienen sollten!

Für die Juden nur Stehplätze.

In den Düsseldorfer städtischen Krankenhäusern ist ein Anschlag angebracht: „Nicht-arisches Studenten haben erst dann Platz zu nehmen, wenn die arischen Studenten sitzen.“

Terror über Leipzig

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Auch in Leipzig hat die neue Welle des Terrorismus furchtbar gewütet. In den ersten Tagen des Juli sind etwa 65 alte Mitglieder der SPD. verhaftet worden, darunter der Reichstagsabgeordnete Saube, fast alle männlichen und weiblichen Mitglieder der Landtags- und Stadtverordnetenfraktion und die Parteisekretäre, darunter mehrere, die erst vor kurzem aus der Haft entlassen worden waren.

Die Frauen der Verhafteten hatten sich in großer Zahl im Leipziger Polizeipräsidium eingefunden und verlangten sehr energisch, ihre Männer zu sprechen. Sie sind aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums unter Anwendung von Gummiknüppeln getrieben worden. Daraufhin ist ein großer Teil der Inhaftierten nach einem Konzentrationslager gebracht worden, aber nicht nach dem Konzentrationslager Colditz, das sich in der Nähe Leipzigs befindet, sondern nach Fföhla, das nur mit großen Kosten und erheblichem Zeitaufwand erreicht werden kann. Sie sind dort so gut wie verschollen und der völlig unkontrollierten Willkür der SA. preisgegeben.

Revolution gegen Hitler

Die Partei hat, wie heute angekündigt, eine Broschüre „Revolution gegen Hitler“ herausgegeben. Der nachfolgende Artikel enthält die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei hat bisher im Kampf um die Macht die Form der legalen, die Grundgesetze der Verfassung achtenden parlamentarischen Partei angewandt, sei es als Regierungspartei, sei es als parlamentarische Opposition; bald mit dem Ziel, zur Regierung zu gelangen, bald mit der Verpflichtung, die Regierung abzugeben, wenn es der auf demokratisch-verfassungsmäßigem Wege ausgesprochene Volkswille erfordern sollte. Mit dem Sturz der Demokratie und der demokratischen Verfassung ist diese Form der politischen Aktivität unmöglich geworden. Jeder Versuch, diese rein parlamentarische Form aus dem demokratischen System in das faschistische System zu übertragen, würde eine Anerkennung des faschistischen Systems bedeuten. Dem Regime ohne wirkliches Parlament und ohne Anerkennung von Staatsbürgerrechten gegenüber sich auf parlamentarische Opposition beschränken zu wollen, würde den Übergang zu einer Systempartei bedeuten.

Die neue Form der Machtübertragung der Sozialdemokratischen Partei und des sie tragenden Willens weiter Arbeiterschichten zu Freiheit und Sozialismus muß deshalb revolutionär sein. Nationalsozialismus und Sozialismus sind feindliche Prinzipien, die sich unversöhnlich gegenüberstehen, es gibt zwischen ihnen keinerlei Gemeinschaft, sondern nur Kampf auf Tod und Leben. Der Nationalsozialismus ist Gegenrevolution mit scheinrevolutionären Mitteln. Er war bis vor kurzem noch Gegenrevolution im alten deutlich erkennbaren Gewande — er hat jetzt die Maske einer Revolution von unten vorgenommen. Ihm die Maske vom Gesicht zu reißen, der Todfeindschaft zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus äußeren Ausdruck zu verleihen, die geeignete Form des Machtkampfes gegen die nationalsozialistische Despotie in unversöhnlicher Haltung zu finden und anzuwenden, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Das gegenwärtige Regime in Deutschland vermag wohl die Sozialdemokratische Partei in ihrer legalen parlamentarischen Form zu zerschlagen, aber es vermag nicht ihr Wesen und ihre geistige, politisch-willensmäßige Grundlage zu berühren. Nicht der Marxismus läßt sich zertrümmern, lediglich eine seiner äußeren politischen Erscheinungsformen. Für unsere Zukunft ist deshalb nicht von entscheidender Bedeutung die Zertrümmerung unserer bisherigen Parteiform, sondern die Frage, ob wir selbst die Vernichtung unserer Zukunft durch eigene falsche Mittel und Methoden heraufbeschwören! Nur wenn wir die historische Aufgabe der Sozialdemokratie vergessen, wenn wir selbst abgehen von der historischen Linie, die uns durch das Gesetz unserer Grundideen vorgeschrieben ist, droht uns die wirkliche Vernichtung! Dann erst würde die Vertretung der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes den Kommunisten zufallen!

Es gilt deshalb, dem gegenwärtigen Regime völlig kompromißlos gegenüberzutreten! Der Zukunftswert der intransigenten, d. h. unversöhnlichen Opposition liegt daran, daß sie uns unbelastet erhält für den Tag, an dem das gegenwärtige Regime am Ende sein wird. Der oberste Satz dieser unversöhnlichen Opposition lautet: Es gibt nichts Gemeinsames mit diesem Regime, weder in der Idee noch im Willen, noch im Handeln! Es gibt keine gemeinsame Aktion, keine gemeinsame Erklärung — nicht einmal über selbstverständliche Dinge! Mit unseren Feinden gemeinsam erklären wir nicht einmal, daß der Himmel blau ist; denn es gibt keine gemeinsame Basis, auf der wir uns mit ihnen begegnen könnten!

Unser Ziel ist, die nationalsozialistische Despotie zu stürzen! In dieser unversöhnlich revolutionären Haltung liegt die Garantie unserer Zukunft!

4 Monate Blutherrschaft Graf Reventlow warnt den Despoten

Ungeheures Aufsehen erregt in den Kreisen der Nazis ein Brief des bekannten Naziführers Grafen Reventlow an Hitler, worin er die fürchterlichen Bestialitäten der SA. bestätigt und die Folgen ausmalt, die infolge dieser Blutherrschaft entstehen müssen. Der Brief wird natürlich in Deutschland rücksichtslos unterdrückt. Auch die Tatsache, daß in Düsseldorf bei einer „Nachtfelddienstübung“ ein regelrechtes Feuergefecht zwischen SA. und SS. stattfand, wobei es 20 Verwundete gab, wird amtlich totgeschwiegen.

Reichstag. Potsdam, den 3. April 1933. Abgeordneter.

Verehrter Herr Reichskanzler und Führer!

Ich fühle mich zu den folgenden Darlegungen verpflichtet:

Die Verfolgung und Mißhandlung von Gewerkschaftler durch die SA. dauern fort und haben Ausmaße angenommen, die meiner Ueberzeugung nach sehr schwere Gefahren mehrfacher Natur einschließen. Der typische Gang ist:

die betreffenden Gewerkschaftler, auch Frauen, werden in ein SA.-Lokal geschleppt, dort geprügelt und mißhandelt, teils in einer Weise, die sich schwer wiedergeben läßt.

Nicht selten werden ihnen auch in ihren Wohnungen Eigentumsgegenstände weggenommen. In besetzten Gewerkschaftshäusern finden Demolierungen statt, häufig wurde das Geld fortgenommen, darunter Spargelder von Jugendgruppen.

Alles in allem wird in diesen Wochen eine Summe von Haß erzeugt, die ich für eine schwere Gefahr halte,

ganz abgesehen von der wenig volksgenössischen Ungerechtigkeit des ganzen Vorgehens. Die freien Gewerkschaften haben immerhin noch vier Millionen Mitglieder, dazu kommen weitere Millionen Familienangehörige.

Das Vorgehen der SA. ist gefühlsmäßig bis zu einem gewissen Grad verständlich, aber dieser Grad ist schon längst weit überschritten. Die Gemißhandelten fliehen zum Teil ins Ausland, weil man ihnen für die Zukunft droht, benehmen sich dabei teilweise sehr anständig, z. B. wurde ein Arbeitsstudent ganz furchtbar zugerichtet, weigerte sich trotzdem einem englischen Journalisten, der ihm Geld bot, ein Interview über seine Mißhandlung, von denen dieser gehört hatte, zu machen. Der Zudrang zum Stahlhelm von diesen Seiten führt sich zum Teil darauf zurück, daß man sich vor den Mißhandlungen sicherstellen will.

Es ist nicht selten übrigens, daß ihnen schriftliche Erklärungen abgezwungen worden, daß sie gut behandelt worden seien.

Es ist natürlich, daß bei einer Staatsumwälzung anormale Dinge vorkommen,

aber ich muß immer wieder auf die schwere Gefahr hinweisen für unsere innere Zukunft, indem wir diese Millionen von Volksgenossen in Haß und Verbitterung hineinstoßen lassen, anstatt sie zu gewinnen.

Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen: Herr von Papen und seine Kreise scheinen an den angedeuteten Vorgängen stark interessiert zu sein, ebenso die Reichswehr. Man hofft augenscheinlich aus dieser Tätigkeit der SA. Boden gegen die NSDAP. zu gewinnen. Schließlich könnte es auch dahin kommen, daß die SA. sich überhaupt gewöhnt an die Auffassung, sich als selbständig verfolgender Richter anzusehen: psychologisch läge das beinahe nahe.

Die marxistisch geführten Arbeitermassen sind jetzt, auch abgesehen von den Gewerkschaften, völlig zerstört, ratlos, verzweifelt. Der Augenblick, mit ihrer Gewinnung zu beginnen, ist da. Gerade Sie, Herr Reichskanzler und Führer, können angesichts dieser Stimmung Großes und Entscheidendes bewirken. Bitte, tun Sie es: nationale, außenpolitische und innenpolitische Interessen, soziale Notwendigkeit und volksgenössisches Empfinden, Gerechtigkeit und Großherzigkeit — alles vereint sich hier wie in einem Brennpunkt.

Die mir gewordenen Mitteilungen stammen von Gewerkschaftsführern, die mir als national bekannt sind und seit Jahren in Opposition zur SPD.-Leitung standen.

Mit Hitler-Heil und deutschem Gruß

Graf E. Reventlow,

Potsdam, Große Weinmeisterstr. 62.

Dies der wesentliche Inhalt des sehr interessanten Briefes. Graf Reventlow ist ein alter Führer der nationalsozialistischen Bewegung, den man nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Er ahnt, was kommen wird, wenn dieses Blutregime, das selbst Frauen auspeitschen läßt, einmal zusammenbricht. Deshalb seine Warnung, die jedoch bei diesem Abschaum der Menschheit wirkungslos verhallen wird.

Also: Haß, millionenfacher Haß diesem Banditensystem! Aber diesen heiligen Haß wollen wir in Kraft umwandeln, denn jeder Tag, den wir diesem System am Leben kürzen, ist ein Geschenk an die Menschheit.

Scharfe Patronen gegen Platzpatronen

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: In der Nacht zum 17. Juni fand bei Neuß am Rhein eine Nachtfelddienstübung der SA. und SS. statt. Diese Felddienstübungen finden regelmäßig statt. Sie gehören zu der planmäßig betriebenen militärischen Ausbildung von Hitlers braunen Soldaten. Bei dieser Felddienstübung bei Neuß aber gab es einen unliebsamen Zwischenfall. Die daran beteiligte SS. hatte Gewehre mit scharfen Patronen mit, während die SA., die als zweite Abteilung den „Feind“ markierte, nur mit Platzpatronen ausgerüstet war. Als sich die Abteilungen im Feuergefecht gegenüberlagerten, schlugen plötzlich in die Reihen der SA. Geschosse ein. Die SS. hatte von ihrer scharfen Munition Gebrauch gemacht, um der rebellischen SA. einen Denkkettel zu verabreichen. 20 Verwundete lagen auf dem Platz.

Dieser Vorfall in Neuß ist ein Einzelfall. Er weist nur darauf hin, daß gerade in dem westlichen Industrieviertel ganz besonders krisenhafte Zustände in Hitlers Armee sind. In dem Revier, wo die Klassegegensätze immer schärfer in Erscheinung treten, gehören besonders viel proletarische Elemente der SA. an. Diese haben die sozialistischen Phrasen Hitlers ernster genommen und verlangen Maßnahmen gegen die jetzt sich besonders unsozial benehmenden schwerkapitalistischen Großausbeuter. Die proletarisierte SA. im Industriegebiet ist für Hitler nicht zuverlässig genug und erweist sich in steigendem Maße als Unruheherd. Aus diesem Grunde haben die nationalsozialistischen Führer gerade im Industriegebiet mit Nachdruck sich bemüht, die aus zuverlässigen Elementen zusammengesetzte SS., die der Bürgersöhne vorherrschend sind, besonders zu stärken und der SS. ein Übergewicht über die nicht so zuverlässige SA. zu geben. Die Folge davon ist eine scharfe Rivalität zwischen SA. und SS., die sich in fast täglichen Zusammenstößen auswirkt.

Das blutige Grauen

Unser holländisches Parteiblatt bringt als Mitteilung eines „Komitees gegen den Terror in Deutschland“ Nachrichten über neue Brutalitäten der SA. und über entsetzliche Zustände in den Konzentrationslagern, besonders in Dachau. Mit Namensnennung wird erzählt, wie Gefangene gemordet oder durch unerhörte Quälereien zum Selbstmord getrieben würden. Darunter soll sich auch ein ehemaliger Major und SA.-Führer, der angeblich mit der Polizei in Verbindung gestanden habe, befinden. Immer wieder würden Leute auf der Flucht erschossen, mit einer der Gefangenen, der als Zimmermann im Lager tätig sei, habe bereits vierzig Sätze anfertigen müssen.

Auch der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ enthält ähnliche Nachrichten.

Reichstagsbrand - 1^o, Jahre

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte den Sozialdemokrat Windmüller zu einem Jahr und sechs Monate Gefängnis, weil er behauptet hatte, der Reichstagsbrand sei von Nationalsozialisten gelegt worden.



Nun hat auch er erfahren,
Was deutsche Treue heißt!

In den nächsten Tagen erscheint:

REVOLUTION GEGEN HITLER!

Die historische Aufgabe der deutschen
Sozialdemokratie

Die erste Kampfschrift der „verbotenen“ Partei.
Eine Broschüre von 16 Seiten Umfang. Preis 1 Kč

Bestellungen an die Verwaltung „Neuer Vorwärts“,
Karlsbad, CSR., Haus Graphia

Lehrer! Augen rechts!

Seitdem das Dritte Reich in Deutschland ausgebrochen ist, tragen alle Tagungen mehr oder weniger den gleichen Charakter. Befehlsmäßig marschieren alle noch geduldeten Verbände auf und lassen sich je nach ihrem besonderen Vereinstzweck variieren, die gleichen geschwollenen nationalsozialistischen Phrasen gehorsam antworten.

In Magdeburg waren die Erzieher an der Reihe. Vorher waren alle Verbände von den Kindergärtnerinnen bis zu den Hochschullehrern gleichgeschaltet worden und die vom Reichskommissar eingesetzten nationalsozialistischen Unterkommissare vertraten dann aus eigener Machtvollkommenheit 300.000 Erzieher, die in der deutschen Erziehergemeinschaft zusammengefaßt waren.

Als der Deutsche Lehrerverein das letzte Mal in Rostock zusammengekommen war, hatte er als Thema für die nächste Verbandstagung: „Sinn und Aufgabe der deutschen Volksschule“ beschlossen. Die Erörterung solcher Fragen ist im Hitlerdeutschland überflüssig geworden. Von fachkundigen Ausschüssen seit Monaten sorgfältig vorbereitete Sonderfragen wurden abgesetzt, denn der Nationalsozialismus liebt nicht die Arbeit, sondern nur die Verkündung. Der neue pädagogische Papst in Deutschland ist Herr Schemm, der seit einem Jahrzehnt mit Lüge, Verleumdung und geschwollener Mystik die marxistische Pädagogik totschlägt. Es kommt dabei Herrn Schemm nicht so sehr auf die Mittel an. So wurde ihm schon vor einigen Jahren durch den Chemnitzer Lehrerverein nachgewiesen, daß er in einer einzigen kurzen Broschüre allein 60 Fälschungen vorgenommen hatte. Dieser tüchtige Mann verkündete im Namen des großen Adolf:

„Adolf Hitler steht in jeder deutschen Schulstube... Die deutsche Lehrerschaft wird für die deutsche Jugend so sorgen, daß sie ganz in seiner Gedankenwelt und seiner Willensrichtung aufgeht. Die Richtung, in die die deutsche Schule marschieren soll, ist vorgezeichnet.“ Die vieltausendköpfige Versammlung wird nach diesen „inhaltsreichen“ Aussprüchen sicher genau wissen, welche Aufgaben sie zu erfüllen hat. Es fehlt nur noch: Stillgestanden! Abtreten!

Sind das die Nachfragen eines Fichte oder Pestalozzi? Ist das der Abschluß der stolzen pädagogischen Tradition der deutschen Lehrervereine?

Herr Schemm hat aber auch in Bayern, wo er Kultusminister ist, den Hitlerkult durchgeführt. An jedem Tag muß in jeder bayrischen Schule folgendes Schulgebet von den Kindern gesprochen werden:

„Du lieber Gott, ich bitte Dich,
ein frommes Kind laß werden mich.
Schütz Adolf Hitler jeden Tag,
daß ihn kein Unfall treffen mag.
Du sandtest ihn in unserer Not,
bewahr ihn uns, o Gott.“
So zwingt man die Kirche, Gott zu lästern!

Zwei Reden — Zwei Welten!

Neulich hatte Herr Dr. Frick, der im Deutschen Reichs Polizeil und Kultur amtlich zu verwalten hat, die Unterkommissare der gleichgeschalteten Länder zusammen, um ihnen die Aufgaben der deutschen Schule auseinanderzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß er zunächst eine Schimpfkanone gegen die „marxistische“ und „liberalistische“ Bildung vom Stapel ließ. Das gehört bereits zu den Selbstverständlichkeiten, die jeder Nazi schon auswendig herlernen kann. Aber Herr Frick hat wenigstens schon eine „ruhreiche“ Vergangenheit auf dem Schulgebiet. Er ist der Mann, der das blühende Einheitsschulwesen Thüringens, das Werk des Sozialisten Greil, in kurzer Zeit vernichtete und den sozialen und humanen Geist dieses pädagogischen Aufbaues durch seine berüchtigten Haßgebete ersetzte. Herr Frick ordnete an, daß in den Schulen „die völkische Entwicklung aus dem eigenen Boden und der Rasse“ aufgewiesen werde. Der Rassenkunde sei auf allen Schulen genügend Raum zu belassen. Dem Schüler solle der Blick für die Rassenbeobachtung geöffnet werden und vor der schädlichen Verfolgung der Rassenverschlechterung, vor der Ueberfremdung deutschen Blutes, vor allem mit jüdischen und farbigen Blute müsse gewarnt werden. Andererseits sei die Bedeutung der nordischen Rasse zu betonen.

Adolf Hitlers Geburtsort Braunau liegt bekanntlich nördlich von — — Konstantinopel.

Außerdem müsse die Erziehung zur Wehrhaftigkeit in der Schule schon so gefördert werden, daß der Keim des Werdegedankens schon in die heranwachsende Jugend gelegt werde.

Herr Dr. Frick hat offenbar noch den liberalistisch-marxistischen Unterricht in der Schule gehabt. Sein Wehrwille war so stark ausgebildet, daß er während des Krieges in Pirmasens auf der Schreibstube saß.

Etwa in der gleichen Zeit, wie Herr Frick seine schulpolitischen Ideale anempfahl, sprach der sozialdemokratische Schulminister Dr. Dörner im Prager Rundfunk über die Aufgaben der Schulen. Er lehnte die Schule als Instrument einer kleinlichen Parteipolitik ab und forderte, daß sie ihrer eigentlichen Bestimmung, der Förderung des Geistes, zu dienen habe. Die Schule der Tschechoslowakei habe sich in den Dienst jener zu stellen, welche sich dem Geiste der Kultur, der Völkerverständigung, der Anwendung von friedlichen Mitteln bei der Erledigung von Streitigkeiten im Innern und Außen verbunden fühle. Der Geist einer religiösen und nationalen Unzuldsamkeit dürfe nicht in die Schule einziehen. Jeder Versuch, die Schule des Comenius in eine Schule des Gewaltgeistes umzuwandeln, werde im Keime erstickt werden, dagegen solle die humanitäre Staatsidee in jedes Kindeherz eingepflanzt werden, und als Aufgabe der deutschen Schule müsse die Absicht gelten, der friedlichen und nachbarschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen zu dienen und sie zu fördern. Aufgabe der Lehrer sei es, den Geist der Liebe, der Arbeit, der gegenseitigen Achtung und des gemeinsamen Zusammenlebens zu fördern. Von dem Geiste jeder Gewalt und von jeder Rassenideologie solle sich die Schule fernhalten, nur auf diese Weise könne man der einzig richtigen Schulpolitik gerecht werden, der Erziehung der Jugend zur Wahrheit, Ehrlichkeit, Duldsamkeit, Staatstreue, Volkzugehörigkeit und Völkerverständigung.

Zwei Minister — zwei Welten — Barbarei und Kultur!

Braune Museumpflege

Preußisches Kultusministerium. Der Herr Minister ist in arger Verlegenheit. Alle Marxisten und marxistenähnliche Leute sind be-

reits abgebaut. Der Stellenhunger der „ge-treuen“ Nazis ist unersättlich. Die Methode der Verläumdung schafft nicht ausreichend, vor allem gehts nicht schnell genug. Die Einzelauslese bereitet zuviel Hemmungen — — — Man macht's also prinzipielle. Prinzipien entlasten das Gewissen und man kann ein wirksames Schema aufstellen. Also wird angeordnet:

1. Alle Beamten, die der Marxist Grimm angestellt hat, kommen zuerst daran.

2. Dann folgen die Beamten aus der Aera Becker. So gehts durch alle Aemter. Jetzt sind die Verwaltungen der staatlichen Museen an die Reihe.

A) Geheimrat Prof. Waelzold, der Generaldirektor — zwar national gesinnter Mann, alter Berufsbeamter, hervorragender Gelehrter, Professor der Universität Berlin.

Aber Herr Becker hat ihn berufen — also ab. Es wird ein Platz frei für einen Nazi.

B) Prof. Justi, Leiter der Nationalgalerie. Die Leute haben ihn zwar früher verdächtigt, daß er ein rechtsgerichteter Mann sei. Aber er ist ein Freund der modernen, der „Asphalt“-malerei. Er hat Ausstellungen moderner Malerei im Krepsitzerpalais veranstaltet, die Abteilung moderne Malerei in der Nationalgalerie eingerichtet. Schulze-Naumburg hat ihn verurteilt, also Schluß damit. Es gibt einen stellungshungrigen Professor in Halle, der ist Parteigenosse. Der Ersatz ist also beschafft.

C) Prof. Friedländer: Er ist Schüler des weltberühmten Rode, auch selbst weltberühmt durch Studien, wie sagt der Referent, über „altdeutsche und altniederländische Kunst.“ Was geht den Juden Rembrandt und die deutsche Kunst an? Der soll hebräisch schreiben und sich um Moses und die Propheten kümmern!

Der hätte niemals die Leitung eines deutschen Museums erhalten dürfen. Der große Adolf verlangt art- und blutreine Führung.

Die Nazibarbarei ist weltbekannt. Wo aber bleibt die Berufsehre der Kollegen?

Wir stellen fest, daß die Professoren Kümel und Koetschan (Düsseldorf) und Schardt (Halle) eine Berufung trotz dieser Umstände angenommen haben. Wir werden uns die Namen merken für die Zeit, wenn einmal Menschenwürde in Deutschland wiederum Geltung haben wird. Cato.

Schweizer Faschismus?

Zürich, Anfang Juli.

Seit dem 5. März, dem Tag der Reichsratswahlen, ist Unruhe in die schweizerische Politik gekommen. Der jähe Aufstieg der deutschen Nationalsozialisten, die brutale Wucht der „Gleichschaltung“ auf allen Gebieten, die Zerschlagung der freien Gewerkschaften, vor allem aber das scheinbar Neue in der Hitler-Bewegung, haben auch in der Schweiz Bewunderer und Nachbeter gefunden.

Freilich hat auch hier die Krise einige Vorarbeit geleistet. Die Arbeitslosigkeit hält sich zwar, verglichen mit den großen europäischen Industriestaaten, in erträglichen Grenzen. Sie trifft fast ausschließlich die Exportindustrie, soweit diese Produkte liefert, die zu den Stapelartikeln des Weltmarktes gehören. Weit stärker aber als das Elend, das heute ist, ist die Furcht vor dem Elend von morgen. Sie beherrscht vor allem die Massen der Angestellten und des Mittelstandes. Die dunkle Angst vor einer Katastrophe, über deren Was und Wie man nichts weiß, deren Kommen man aber mit unbegreiflicher Gewißheit vorausieht, macht diese Schichten dem scheinrevolutionären Konservatismus der faschistischen Propaganda zugänglich. Der jähe Absturz von dem felsenfesten Vertrauen zum Kapitalismus, das früher geradezu Bestandteil der öffentlichen Meinung war, bis zu diesem dunklen Mißtrauen hat eine Aufgeschlossenheit selbst und gerade der politisch Rückständigsten geschaffen, die — an und für sich hochehrfurchig — sie heute dem Bauernfängertum jeder „Erneuerungs-“ und „Umbruchsbewegung“ zugänglich macht.

Der Mittelstand revoltiert

Es ist kennzeichnend für diese psychologische Lage, daß diese Erneuerungsbewegungen bisher fast ausschließlich die Mittelschichten erfaßt haben. Kautente, Handwerker, Kleinhändler, mit einem Wort der „kleine Mann“, hüllen ihre Versammlungen. Der Kampf gegen die Einheitspreisgeschäfte, die Warenhäuser, einen Großkonzern des Wanda-handels, kurz das Programm der nationalsozialistischen Mittelstandsrotter in Deutschland, gibt den Grundton. Das kleine revoltiert gegen das Große, die wirtschaftlich Zurückgebliebenen wehren sich gegen die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, die sie bedrohen.

Dagegen fehlt die eigentliche sozialistische Phrase. Man hört zwar viel vom Kampf gegen das Großkapital und die Hochfinanz — aber die Betonung liegt dabei ausschließlich auf dem „Groß“, nicht auf dem „Kapital“. So gern die Arrangeure der „Erneuerungsbewegung“ auch die Arbeiter in ihre Reihen sähen, getragen wird die Bewegung vom Mittelstand, und ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter ist verschwindend klein.

Das Generationenproblem

Nicht zu unterschätzen ist dagegen die Anziehungskraft der neuen Organisation auf die Jugend, vor allem die Studenten.

Es ist kein Zweifel, daß alle schweizerischen Parteien die Bedeutung des Generationenproblems unterschätzt haben, den starken Bruch zwischen der Vorkriegs- und der Nachkriegsgeneration übersahen.

Trifft das für alle Parteien zu, so sind zweifellos die bürgerlichen Parteien darin am weitesten gegangen. Sie spüren daher die Auflehnung der Jugend auch weitaus am stärksten.

Hat bisher das Wirtschaftsleben mit seinen großen Möglichkeiten diese Jugend von der Politik abgelenkt, so trägt nun die dunkle Furcht, eine Wende nahe heran, die ihr diese Aufstiegsmöglichkeiten verbauen werde, dazu bei, die Jugend des Bürgertums stärker als je zuvor in die Politik hineinzuführen. Waren die bürgerlichen Parteien Vertreter des Finanzkapitals und somit Bahnbreiter für die kapitalistische Entwicklung, die den Mittelstand zerstört — so erscheinen die neuen Organisationen als jene Kräfte, die das verlorene Wunderland zurückbringen sollen. War der Leitstern der bürgerlichen Politik die nackte Interessenvertretung, so erscheinen die neuen Organisationen mit ihren — für die Schweiz — neuartigen Parolen und ihren schwer faßbaren Zielen als ideale Kräfte. Die Verschwommenheit der Phrase ist nicht nur kein Hemmnis, sondern geradezu die Voraussetzung der Anziehungskraft auf die Jugend. So sind hier die neuen Bewegungen geradezu der Einbruch der Romantik in die schweizerische Politik.

Den eigentlichen Grundton aber geben üble Geschäftemacher der Politik an, die die Kräfte,

Nächtlicher Gast im Schlafzimmer eines Hakenkreuzführers

Pst! Ist es gestattet, Sie aufzuwecken?
Sie leiden wohl manchmal an Atemnot?
Verzeihn Sie, ich wollte Sie nicht erschrecken.
Nein — lassen Sie Ihren Revolver stecken,
er nützt Ihnen nichts, ich bin leider schon tot.

Sie zittern so komisch — ist etwas geschehen?
Ach so, ich vergaß ganz, ich hab kein Gesicht,
ich hab um die Augen nur einen zähen,
blutlebrigen Brei, und mich anzusehen,
ist sicher kein Spaß. Ich gefall Ihnen nicht.

Warum hat mich Ihre SA. so zerschlagen?
Ich war noch sehr jung, hatte Kinder zuhaus,
ich war schöner als Sie — doch das will nicht viel sagen,
jetzt müssen Sie halt meinen Anblick ertragen,
Ihr neues Reich steht nicht lieblicher aus.

Ein deutscher Arbeiter bin ich gewesen. —
Sind Sie bleich? Oder täuscht mich der fahle Schein,
in dem ich stehe? — Ich habe mal gelesen,
am deutschen Wesen soll die Welt genesen.
Wie war das? Sie wollten mich doch befreien?

Jetzt hat man mich auf der Flucht erschossen.
Von vorn kam die Kugel — zehn Morde in einer Nacht.
Ich hab viele hundert Todesgenossen,
es wurde viel deutsches Blut vergossen.
So sieht das aus, wenn Deutschland erwacht?

Sie brauchen vor mir nicht zurückzuweichen!
Sie schützt die SA, uns hat sie zu Tode gequält,
jetzt modern entstellte, zertretene Leichen
in deutschen Gräbern und Gruben und Teichen —
ganz Deutschland ein Pestloch, vom Gifthanich durchschwelt.

Wir warten in dumpfigen Gräbern und schweigen,
Ihr feiert Feste, noch seid ihr die Herrn,
doch werden wir schreiend zum Lichte steigen,
um mit blutigen Fingern auf euch zu zeigen.

Nicht stöhnen! Ich geh schon. Die — Zeit — ist — nicht — fern.

Kara.

Totaler Staat? Totale Revolution!

Herr Professor Heidegger, Rektor der Universität Freiburg-Breisgau, ist Nationalsozialist geworden. Das ist in Deutschland nichts besonderes mehr. Jeder, der eine dem System nicht genehme Vergangenheit tarnen will, wird Nationalsozialist. Und Herr Professor Heidegger hat eine Vergangenheit. Er ist Schüler des bekannten Philosophen Husserl, der jüdischer Abstammung ist, und er ist Freund der Marburger Schule mit ihren Häuptern Hermann Cohen und Paul Natorp. Seine Philosophie liegt auf dem Wege vom liberalen Idealismus zum Sozialismus. Wir registrieren diese Tatsache nicht, um Herrn Heidegger zu denunzieren. Was liegt schon daran, ob ein Professor mehr oder weniger Nationalsozialist geworden ist! Sondern wir wollen damit nur kennzeichnen, wohin die nationalsozialistische Bewegung gekommen ist. Ihr Terrorismus treibt alle aus Deutschland fort, die sich eine anständige Gesinnung bewahren wollen, und er treibt ihnen gleichzeitig alle anderen zu, gleichgültig, ob sie aus Verzweiflung oder aus Opportunismus kommen.

Herr Hitler hat die totale Staatsmacht in der Hand. Diktator über alles ist er auch Diktator über die Philosophie. In Reichenhall, im Kreise seiner engsten Freunde, vor der Führerschaft der SA, feiert er sich drei Stunden lang in der ganzen Fülle seiner inflationierten Macht. „Die Revolution der nationalsozialistischen Bewegung hat die Bedeutung des Rassenproblems erkannt. An Stelle der aus reinen ökonomischen Gesichtspunkten herausgebildeten bürgerlichen politischen Führerschicht muß wieder eine art- und blutmäßig bedingte Führerauslese aufgebaut werden. Die deutsche Revolution wird für Jahrhunderte das Gesicht der deutschen Zukunft prägen, wenn es ihr gelingt, eine art- und blutmäßig bedingte Führerauslese heranzubilden.“

Im Fieberdelirium hat sich schon mancher zu Grunde gerichtet. Ganze Völker sind alt geworden, zerfallen und untergegangen. Die Arbeiterklasse ist keine Phantasia, sie ist nicht aufgebaut auf Blut und Boden, und ihre Existenz hängt nicht vom Wechsel der Generationen ab. Die Arbeiterklasse entstand und entsteht immer wieder aus der harten Notwendigkeit geschichtlichen Werdens. In dem Wirklichkeitsgehalt, nicht in der Romantik von erträumten Ewigkeitswerten, liegt ihre Kraft und das Sieghafte ihrer Idee. Ganze Schichten des Proletariats können im Sumpf der bürgerlichen Zersetzung untergehen, doch immer von neuem treibt der Motor des Kapitalismus die proletarisierten Massen zur Organisation und zum Bewußtsein ihrer Klasse.

Darum fürchtet und haßt Herr Hitler die marxistische Bewegung so sehr, und darum muß Herr Goebbels immer wieder von neuem betonen, daß der Marxismus noch lange nicht tot sei. Der Marxismus ist wirklich nicht tot. Er lebt und ist

wirksam im Werden unserer Zeit, und die Potentaten von heute zittern trotz aller Macht. Man hat die Presse verboten, man duldet keinen Widerspruch, man erträgt auch schon nicht mehr weder Zurückhaltung noch überlauten Beifall der allzuvielen Nationalsozialisten. Das Mißtrauen lauert in allen Ecken. Der Kanzler und all die neuen Größen umgeben sich vor der Liebe des Volkes wie die Tyrannen und Despoten aller Zeiten, mit eiserner Gewalt. Wer die Hand in der Tasche hält, läuft Gefahr, in Schutzhaft genommen zu werden. Drei, die auf der Straße beisammen stehen, sind schon verdächtig, und selbst in den Blumensträußen, die „begeisterte“ Mädchenherzen ihnen spenden, fürchten sie bequeme Gelegenheiten zu Attentaten.

Wo aber bleibt der sieghafte Glaube, der das Gesicht der deutschen Zukunft prägen soll?

Es ist oberflächlich zu glauben, daß der Terror Hitlers die Entscheidung seines Sieges war. Der Terror Hitlers wurde nur möglich, weil die wirtschaftliche Anarchie stärker wurde als der Kampfwille der Arbeiterklasse, weil die Verzweiflung am Bestehenden größer wurde als der Glaube an den Sozialismus. Die Entwurzelten fanden nicht die Kraft, Wurzeln in dem neuen Lebensraum der sozialistischen Revolution zu schlagen. Darum schlugen sie leichte Luftwurzeln in dem Fetischglauben der Vergangenheit. So wurden die proletarisierten Bürger Landsknechte der Großbourgeoisie, so lernten die geistigen Schichten „Heil Hitler“ rufen, so gewann der gepfundene Bauer das Vertrauen zum unpfändbaren Rasseglauben, und so zerschlug dieser Heerbann von Großbourgeoisie, Feudalen, Kleinbürgern und Proletariat die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Es ist nur eine Täuschung zu glauben, daß der Nationalsozialismus gesellschaftlich neu baue. Hitler erläßt Hugenberg, aber Schacht und der Direktor der Allianz, Dr. Schmitt, garantieren den nationalsozialistischen Kapitalismus. Hitler organisiert, aber er organisiert nicht den Lebenswillen eines aktiven Volkes, sondern er stellt dem organisierten Monopolkapitalismus den entseelten Volkswillen, die kommandierte und regulierte Masse, als williges und billiges Ausbeutungsobjekt zur Verfügung.

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn, einstmals von Marxisten gewählt, läßt vom Magistrat beschließen, daß auf einem Raum von 625 qm ein Denkmal von drei Stockwerken für die Arbeitsfront aus Stein und Bronze errichtet wird. Arbeiter, Bauer, Angestellter und Unternehmer reichen sich wie am berühmten 1. Mai als Allegorie des deutschen Sozialismus friedlich die Hände. Bronze und Stein sind geduldig, und Byzantiner haben immer Denkmäler gebaut.

Aber die Arbeiterklasse stöhnt. Die trotz aller statistischer Fälscherkunststücke vermehrte Arbeitslosigkeit ist eine Tatsache, wie der verringerte Lohn und die gesteigerten Preise. Der Druck der Tat-

sachen ist stärker als der Fetischglaube an Rasse, Blut und Boden. Die Tatsachen werden sprechen, und ihre Sprache wird den Druck bewußt machen, und das Bewußtsein wird sammeln, organisieren und neue Kraftzentren bilden. Dieser Prozeß hat schon begonnen.

Der Nationalsozialismus zog aus, um den Marxismus auszurotten. Ein Trümmerfeld hat er geschaffen. Das Trümmerfeld ist gut umzäunt, und eine Million interessierter Zerstörer bewachen es. Aber auf dem Trümmerfeld liegen nicht die Arbeiterbewegung und der Marxismus, sondern der Liberalismus und die bürgerliche Gesellschaft.

Die Großbourgeoisie hat ihre Anarchie bis zum Faschismus getrieben. Die Illusion einer liberalen Demokratie hat sie mit den Mordinstrumenten entmenslichter Landsknechte restlos zerstört.

Der militarisierte Ständestaat Hitlers ist keine Lösung der Anarchie in Wirtschaft und Gesellschaft. Die nationalsozialistische Gesellschaft ist der wirkliche Totengräber der bürgerlichen Kultur.

Die Arbeiterklasse aber lebt und wird der Träger einer neuen sozialen und demokratischen Kultur der bewußt und aktiv gewordenen Proletariatsmassen.

Im Kampfe gegen den Faschismus ist die sozialistische Bewegung zu stärkster Militanz erwacht. Der faschistische Staat ist nicht mehr ihr Staat; für sie gibt es keine Toleranz mehr in der bestehenden Gesellschaft; sie kämpft gegen den totalen Staat für die totale Revolution!

Konsumvereine als Futterkrippe.

Alle Stellen sind mit Nazis zu besetzen.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Ley, veröffentlicht eine Anordnung, daß innerhalb von 8 Tagen möglichst alle Stellen in den Konsumvereinen mit überzeugten Nationalsozialisten zu besetzen sind. Der äußeren Gleichschaltung der Konsumvereine, die am 6. Mai mit der Einsetzung eines Kommissars bei der GEG in Hamburg begann, folgt nun also auch die innere: Die Besetzung der Posten mit Nazi-Bonzen.

Der Drang an die Futterkrippe ist auch mehr und mehr die einzige Erklärung für die zwiespältige Haltung der nationalsozialistischen Bewegung zu den Konsumvereinen. Die Mittelständler beharren auf der Erfüllung des Versprechens, daß im Dritten Reich die Konsumvereine zerschlagen werden. Die Arbeiter und Angestellten jedoch wehren sich gegen diese Zerschlagung. Dauernder Krieg im Nazilager ist die Folge. Aus der letzten Zeit liegen dafür einige bezeichnende Kundgebungen vor.

Der Nazikommissar Grahl, inzwischen hauptamtlicher Direktor der GEG, erläßt in Nummer 25 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 24. Juni einen Aufruf „Meine Aufgabe“, in dem er mit Berufung auf Hitler erklärt,

„daß die Konsumgenossenschaften durch die nationalsozialistische Bewegung nicht aufgelöst werden, sondern daß durch die neue

Führung ihre wirtschaftliche Existenz jenen Eingriffen entzogen sei, die sowohl die Spargroschen der Arbeiter, als auch die sonstigen in ihm befindlichen Vermögenswerte bedroht haben würden. Daher dürfte die Existenz der Konsumgenossenschaften weder politisch noch geschäftlich in Frage gestellt sein.“

Beruft Grahl sich auf Hitler, so wendet sich der „Reichsstand des Deutschen Handels“ an Göring.

„Die Konsumgenossenschaften, so heißt es in einer Eingabe, sind eine volkswirtschaftlich falsche Einrichtung. Es müsse an dem Ziel der planmäßigen und schrittweisen Umgestaltung der Konsumvereine im Sinne des neuen nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaues festgehalten werden.“

Noch deutlicher äußert sich der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, Gau Bayern. Er verlangt, daß der Kampf gegen die Konsumvereine mit unverminderter Schärfe weitergeführt wird.

Einstweilen dürfte wohl Ley, den die Sorge um das Gardefutterkrippenjägerbataillon leitet, bei Hitler stärkeren Einfluß haben als die rebellierenden in ihren Hoffnungen getäuschten Mittelständler. Werden die ehemals so leistungsfähigen deutschen Konsumgenossenschaften aber der Herrschaft unfähiger Nazibonzen ausgeliefert, dann besteht über ihr Schicksal wohl kaum ein Zweifel. Abzuwenden ist diese schwere materielle und moralische Schädigung der Genossenschaftsbewegung nur dann, wenn ihre bisherigen Funktionäre und Mitglieder sich nicht freiwillig gleichschalten, auf der Erfüllung ihrer Rechte und der Pflichten der Konsumvereine bestehen und deshalb mit den übrigen aktiven Kräften der deutschen Arbeiterbewegung den Kampf zum Sturze Hitlers betreiben.

Frankreich fühlt sich stark

Ergebnis nationalsozialistischer Außenpolitik.

Allzuviel Grütze scheinen die Zensoren des Dritten Reichs ihren Untertanen nicht zuzutrauen, sonst hätten sie das folgende Pariser Telegramm, das sich in verschiedenen Blättern der gleichgeschalteten Presse findet, nicht durchgelassen:

Wie außerordentlich sicher und stark Frankreich sich in der allgemeinen politischen Lage augenblicklich fühlt, beweist der Umstand, daß man in Paris heute gar nicht erst versucht, ernsthaft die Beweggründe zu verteidigen, die Frankreich zur Vertagung der Abrüstungskonferenz geführt haben. Man ist heute in Paris überzeugt, England sehr fest an der Stange zu halten, nicht zuletzt durch die ausschlaggebende Rolle, die Frankreich in allen Schicksalsfragen der Londoner Konferenz zukommt. Es ist unter Londoner Konferenz zukommt.

„Der Erbfeind“ wird also mit jedem Tag, den Gott Adolf Hitler regieren läßt, nicht schwächer sondern stärker — und der deutsche Spießbürger liest das, ohne sich darüber Gedanken zu machen? Komisch!

Die neudeutsche Statistik aber weist nach, daß die Wareneinfuhr erheblich steigt, und die Minister reiben sich vernügt die Hände.

Herr Goebbels hat kürzlich in einer Rede festgelegt, es sei der Sittlichkeit dienlicher, wenn die Frau auf Berufsarbeit verzichte und im Hause wirke. — „Im Haus“ ist leicht gesagt, es fragt sich nur in wessen Haus, denn es gibt in Deutschland weit mehr betraufte Frauen als Männer, von der Heiratslust römisch infiltrierter SA-Leute ganz zu schweigen.

Trotzdem begann man die Frauen sacht und still aus Betrieben, Kontoren, Aemtern zu drängen, die Arbeitslosigkeit der Frau nahm zu. Gleichzeitig teilt die Kriminalpolizei mit, daß die Prostitution in Deutschland trotz verschärfter Kontrolle eine ansteigende Kurve aufweise. Den sittlichen Erneuerern wird das freilich ziemlich gleichgültig sein, denn sie haben von den Frauen nie viel gehalten.

Die deutschen Viehzüchter und Butterhändler sahen seit langem mit scheelem Blick auf die Margarinefabrikanten. Diente doch jene neuemodische Erfindung, „Margarine“ genannt, den schlechtbezahlten Arbeitern und den Arbeitslosen als Brotersatz, ihnen Gelegenheit gebend, die teure Kuhbutter aus purer Bosheit und Banernfeindschaft zu boykottieren.

Die Minister des Dritten Reiches beschlossen, ihren Freunden, den Viehzüchtern und Butterhändlern zu helfen. Sie trieben die Margarinepreise durch Zoll und Beimischungszwang zu so phantastischer Höhe empor, daß die mageren Geldbeutel ausgehungert Proletariats bald auf der Strecke blieben.

Seither stippen deutsche Arbeiter, deutsche Arbeitslose, deutsche Volksschulkinder das trockene Brot in trockenes Salz und spülen es mit Kornkaffee herunter.

Der Butterkonsum blieb zwar weiter so niedrig wie zuvor, aber die Viehzüchter und Butterhändler sind an den Margarinefabrikanten blutig gerächt.

Als die SA in Konzentrationslagern und braunen Kasernen immer sadistischer wütete, als immer mehr mißhandelte Menschen in Scharen starben oder „auf der Flucht erschossen wurden“, als die Schreie der Gefolterten immer lauter durch die Welt gellten, die Presse des zivilisierten Auslands zu erregten Protesten stachelnd, beschlossen die Minister des Dritten Reiches, es müsse endlich etwas geschehen, um das deutsche Gemüt zu vertiefen. Sie setzten sich also zusammen, berieten mit rauchenden Köpfen und erließen schließlich — ein verschärftes Tierschutzgesetz, das Tierquälern strengste Bestrafung verheißt.

Seither sollen sich Sadisten und Quäler in Deutschland dafür hüten, Hunde, Katzen, Kaninchen oder Frösche zu mißhandeln, sie dürfen sich dafür an Menschen halten.

Ein Zwölfjähriger schreibt:

In der neuen Schule kann der Fleißigste faul werden. Zum guten Zeugnis gehört nicht viel. Wenn jetzt ein Junge kommt, der nicht nur Stroh im Kopf hat, und nur mit einem hal-

ben Ohr hört, was der Lehrer vorpaukt, so kann er der beste Schüler sein. Zu können braucht man nichts. Im Diktat wird fast jedes Wort vorgekauft. Es ist also klar, daß ich die besten Arbeiten geschrieben habe. Gestern, also am Montag, ist der Klassenlehrer gekommen. Er hat erzählt, daß Religion sehr lehrreich sei, und er wolle keinen Menschen bekehren. Der Lehrer gefällt mir nicht, denn er nimmt den Stock sehr in Anspruch.

Unser Rektor hat uns einen Vortrag gehalten. Er hat gesagt, daß jetzt endlich die 14 Jahre vorbei seien, in denen die Lehrer nicht schlagen durften. Es sei endlich die Zeit gekommen, in der mal wieder Zucht und Ordnung in das Volk kommt.

In der Schlageter-Feier stand ein Junge aus meiner Klasse am Schluß auf und brachte auf Adolf Hitler ein Hoch aus. Wir bemühen uns, daß ich in eine andere Schule komme.“

Was ist deutsch?

Ein Spaßvogel verlaute darüber folgende Sentenz: Das Hakenkreuz ist indisch, die Maas ist französisch, der Belt dänisch, die Memel litauisch, die Etsch italienisch, der Hitlergruß römisch, Hitlers Mutter tschechisch oder jüdisch, seine Stirnlocke korsisch, sein Schnurrbart jüdisch, sein Vierjahresplan russisch, sein Benehmen aber barbarisch! Was ist denn eigentlich am Dritten Reich deutsch? Antwort: Die große Schnauze. Für diese Schlußfolgerung haben die Minister Hitlers und er selbst den unumstößlichen Beweis erbracht!

Dora Fuchs und die lieben Kollegen.

In der „Schlesischen Aertzezeitung“ findet sich folgende Anzeige: Tägliche Verkommnisse in meiner Praxis veranlassen mich zu der öffentlichen Erklärung, daß ich rein arischer Abstammung bin, und daß ich hinfür jeden Kollegen, der das Gegenteil behauptet, wegen bewußter wirtschaftlicher Schädigung gerichtlich zur Verantwortung ziehe. Dr. med. Dora Fuchs, Hautärztin, Breslau, Taubentzenstraße 27.

Briefkasten

Ein deutscher Jude. Wenn Sie nicht den Mut haben, Ihren Namen zu nennen, können Sie von uns nicht verlangen, Ihre Polemik gegen den „Neuen Vorwärts“ zu veröffentlichen. Als Hitler-Anhänger laufen Sie doch keine Gefahr, Repressalien zu erdulden, wie andere Juden, die sich gegen das Schandregiment auflehnen. Also bitte: Maske herunter! Wir glauben nämlich nicht, daß Sie ein „deutscher Jude“ sind.



Von Brüning bis Hitler

Unter dem Titel „Selbstmord einer Demokratie“ ist im Graphia-Verlag eine Schrift von Otto Friedrich erschienen, die die Entwicklung Deutschlands von der Demokratie zum Faschismus kritisch beleuchtet. Wir entnehmen hier die folgenden Ausführungen:

Als Brünings Experiment fehlgeschlagen war und die Septemberwahlen des Jahres 1930 den ersten Erdsturz zugunsten der Nationalsozialisten gebracht hatten, begann die Periode der Tolerierungspolitik, über deren Richtigkeit die Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie wohl noch auf lange Zeit hinaus auseinandergehen werden. An und für sich wird man zugeben müssen, daß Hitler, der schon 1930 die Alleinherrschaft erstrebte und niemals bereit war, zu annehmbaren Bedingungen in eine Koalition mit anderen Parteien zu gehen, damals bereits beim Bürgertum und bei der Bürokratie, die unter dem frischen Eindruck der Wahlen standen, ebensowenig Widerstand gefunden hätte wie er ihn zuletzt bei Papen und Hugenberg nicht fand. Ferner wird man zugeben müssen, daß

der Einheitswille der Arbeiterschaft

damals geringer war als später, man wird auch eine Politik nicht schon deswegen falsch heißen können, weil sie dem jahrelangen Sturm der wirtschaftlichen, politischen und seelischen Krise des deutschen Volkes nicht standhalten konnte. Aber man wird doch feststellen müssen, daß jedenfalls die Art, wie die Tolerierungspolitik betrieben wurde, sich als unzureichend erwiesen hat. „Tolerieren, aber nicht toleriert werden“, sagte ein bereits im Sommer 1931 erschienener Artikel im Berliner Funktionärblatt. Aber trotzdem glitt man immer mehr von der Politik des Tolerierens in die Politik des Toleriertwerdens hinüber, bis dann

die Preußenwahlen im Frühjahr 1932

das immer wachsende Ansehen der Nationalsozialisten aufs neue dokumentierten. Durch den Wahlausfall wurde die preußische Position, mit deren Aufrechterhaltung man immer wieder die Tolerierungspolitik begründet hatte, ernstlich gefährdet. Sie war zwar zu erhalten, wenn man bereit war, sie mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Das geschah nicht, sondern es erfolgte eine Politik des Nachgebens und Ausweichens, die als Schwäche gedeutet wurde.

Die Absichten des Herrn v. Papen waren bereits vor dem 20. Juni gerüchtweise bekannt geworden.

Severing, als preußischer Innenminister, verhandelte mit dem Reichsinnenminister Herrn von Gayl und vertraute dessen Zusage, daß vor den Neuwahlen keinesfalls die damals bestehende Idee eines Reichskommissars aktuell werden würde. Ja, am Tage vor der entscheidenden Besprechung wurde über deren Gegenstand der Pressechef des Preußischen Innenministeriums auf seine telefonische Anfrage hin sogar von der Reichskanzlei falsch informiert. Immerhin hat sich die damals bei Severing und auch in führenden Parteikreisen

zutage tretende Vertrauensseligkeit, die schon in der Frage der sogenannten „schwarzen Reichswehr“ sich so betrüblich zeigte, als ein schwerer Fehler erwiesen. Die rechtzeitige Verhängung eines preußischen Ausnahmezustandes hätte nicht nur die juristische Begründung eines militärischen Ausnahmezustandes, der die preußische Polizei automatisch ihrer Selbständigkeit beraubte, außerordentlich erschwert, sondern sie hätte auch die Möglichkeit gegeben, durch Einbeziehung des Reichsbanners in die Schutzpolizei und einen Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik

die letzte große Chance des Widerstandes

zu ergreifen. Ein Kampf hätte dann vielleicht mit einer Niederlage enden müssen, aber es ist mehr als zweifelhaft, daß es zu einem solchen Kampfe gekommen wäre und Beispiele in anderen Ländern zeigen, daß ein rechtzeitig und energisch bekundeter Abwehrwille das beste Mittel gegen verfassungswidrige Experimente ist. Zu einem solchen Willen aber fehlte dem starken deutschen Legalitätsdenken, das sich gelegentlich bei der deutschen Sozialdemokratie leider bis zum Legalitätswahn steigern konnte, jeder wirkliche revolutionäre Impuls.

So wurde diese letzte große Chance des Widerstandes versäumt. Man muß sich, wie gesagt, darüber im klaren sein, daß

die Aussichten des Kampfes von vornherein gering

waren. Vor allem wäre es kaum möglich gewesen, die Kommunisten daran zu hindern, einen ausbrechenden Konflikt für ihre eigenen damals ganz undurchführbaren Ziele auszunützen. Daß sie sich einem Kampfe für das Kabinett Braun und Severing, gegen das sie noch ein Jahr zuvor den Volksentscheid in Eintracht mit Nationalsozialisten und Stahlhelm herbeizuführen suchten, und das sie als „Sozialfaschismus“ bis zum letzten Tage gebrandmarkt hatten, unter Einsatz des Lebens und der materiellen Existenz zur Verfügung stellen würden, war weder zu erwarten, noch von dem einfachen kommunistischen Wähler zu verlangen. Ein Beweis dafür, wie falsch die Situation damals in kommunistischen Kreisen beurteilt wurde, mag die Tatsache sein, daß die Bekanntgabe der Absetzung des Kabinetts am Abend des gleichen Tages in einer kommunistischen Wahlversammlung in Kassel Beifallsstürme auslöste! Aber es muß auch offen zugegeben werden, daß der übrige Teil der deutschen Arbeiterschaft, zwar soweit er organisationstreu war, irgendeiner Parole von obenher harrete, und deren Ausbleiben mit Bitterkeit empfand, daß aber die Masse der Indifferenten an jenem Tage nach Hause ging, als ob sich nichts Entscheidendes ereignet hätte. Um Straßen und Plätze mit dem elementaren Ausbruch der Volksleidenschaft zu füllen, dazu war das deutsche Proletariat durch Krieg, Revolution, Inflation und die entsetzliche Bürde der jahrelangen Krise bereits zu geschwächt. Ganz abgesehen davon, daß sich hier zeigte, daß an das, was man nicht ursprünglich in schweren Kämpfen erworben

hat, nun auch nicht mit der notwendigen Leidenschaft zu verteidigen vermochte, kam in dem Verhalten des deutschen Proletariats auch jene

seelische Lähmung der Erwerbslosen

zum Ausdruck, die entgegen allen früheren Vermutungen über eine revolutionäre Kraft der Arbeitslosigkeit, die verdienstlichen Untersuchungen des Wiener Sozialpsychologen Lazarsfeld bei der Arbeitslosengemeinde Marienthal erst unlängst festgestellt hat. Auch soll nicht verkannt werden, daß hier die Schattenseiten der Tolerierungspolitik zum Vorschein kamen. Ähnlich der „Burgfriedenszeit“ des Krieges sowie der Zentralarbeitsgemeinschaftsperiode der ersten Nachkriegszeit hatte sie das Proletariat des spontanen Aktionswillens entwöhnt. Alles das zusammen schuf jene Atmosphäre des „Lerne leiden ohne zu handeln“, die am ehesten erklärlich macht, warum im Grunde in der Führung und in der Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei und vor allem der freien Gewerkschaften die gleiche, nur durch einige recht ungeschickte Oppositionelle bekämpfte Linie, verfolgt werden konnte.

Freilich darf nicht vergessen werden, daß selbst das Echo eines kräftigeren Abwehrwillens der Arbeiterschaft in den sogenannten „republikanischen“ Parteien denkbar gering war. Wenn man von gelegentlichen Äußerungen der christlichen Gewerkschaften, den radikalen bürgerlichen Intellektuellen ohne Massenanhang und von den Kundgebungen kleinerer Verbände und Konventikel absieht, so hatte der Nationalsozialismus mit seiner stürmenden und kämpferischen Kraft weite Kreise der kritiklosen Jugend erfaßt und wurde vor allem zu einer Art

Religion des proletarischen Mittelstandes,

insbesondere auch im Paradiesglauben jener Angestelltenschichten, die durch die technischen Umwälzungen der Nachkriegszeit zwar zahlenmäßig eine weit stärkere Entwicklung genommen hatten als die Arbeiterschaft, zugleich aber auch von den Stillelegungen der Krise besonders stark getroffen wurden, zumal, da die menschenersparende Rationalisierung, die zuerst nur den Arbeiter ergriffen hatte, nun auch in den Büros ihren Einzug hielt. Es traf zu, was Gregor Strasser im Reichstag einmal verkündet hatte, daß nahezu 95 Prozent des deutschen Volkes von einer antikapitalistischen Sehnsucht erfüllt waren, aber es traf weiter zu, daß mehr als 50 Prozent davon entweder wie die Deutschnationalen einer Art ständischen Romantik folgten, die auch in katholischen Kreisen populär war, oder jenem Sozialismus huldigten, dessen Unwahrheiten schon Marx unter dem Namen „deutscher oder wahrer Sozialismus“ im kommunistischen Manifest angeprangert hat. Man predigte die klassenkampffreie Volksgemeinschaft und suchte die weitesten Kreise des Volkes mit einer Propaganda zu durchdringen, die, je schlimmer die wirtschaftliche Krise des Hochkapitalismus sich auswirkte, um so stärker im Volke Fuß faßte.

Innerhalb der intellektuellen Schichten war es der sogenannte „Tat“-Kreis um die Wirtschaftsliteraten Ferdinand Fried und Hans Zehrer, der mit der Forderung nach einer mitteleuropäischen Autarkie eine Art preußischen Sozialismus propagierte mit dem man in gleicher Weise einer bolschewistischen Entwicklung vorbeugen und zugleich das von allen Seiten zusammengetragene Gedankengut des Nationalsozialismus veredeln wollte. Diesen Gedankengängen, die auch in der dem „Tat“-Kreis zur Verfügung gestellten „Täglichen Rundschau“ verkündigt wurden, stand in der letzten Periode seiner politischen Tätigkeit

Herr von Schleicher

nahe. Schleicher, der seinem eigenartigen Namen alle Ehre gemacht hatte durch die Art, wie er es verstand, hinter den Kulissen das Kabinett Müller zu stürzen, Brüning in den Sattel zu heben, Brüning zu stürzen, Papen in den Vordergrund zu stellen, um dann auch Papen zu beseitigen, wurde durch den Gang der Ereignisse gezwungen, selbst auf die Bühne des politischen Geschehens zu treten. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich erst, wie sehr ein Mann, der als Intrigant im Hintergrunde geschickt die gesamten Schnüre zu ziehen wußte, versagen kann, wenn er selbst aus der Rolle des Kritikers in die des Handelnden gedrängt wird.

Schleichers Ehrgeiz war es ohne Zweifel, Deutschland wieder zu einem militärisch-politisch aktiven Staat zu machen

und für diesen Zweck ebenso die breite Bewegung des Nationalsozialismus einzuspannen wie auch die ihm durch die Wichtigkeit ihrer Organisation imponierenden Gewerkschaften. Nur so ist es zu erklären, daß Schleicher der Illusion huldigte, man könne

eine dritte Front zusammenbringen, die mit Ausnahme der dünnen kapitalistischen Schichten und der Kommunisten, von links nach rechts alles unter dem Stahlhelm mit schwarzrotgoldener Kokarde vereinen sollte. Herr von Schleicher sprach von Sozialisierung, aber es verstand jeder, daß er darunter nur die Verstaatlichung der Waffenschmiede zum Zwecke der bequemeren Aufrüstung meinte. So fand er in der sozialistischen und christlichen Arbeiterschaft wenig Gegenliebe und auch das Experiment, unter Führung von Gregor Strasser, den proletarischen Flügel der Nationalsozialisten zu gewinnen, scheiterte. Schleicher hatte eben gar nicht begriffen, daß es im Wesen des Nationalsozialismus als einer Rebellion des Mittelstandes lag, einer wirklichen sozialistischen Einheitsfront auszuweichen und die Verbindung mit den traditionell herrschenden Schichten in Deutschland aufrechtzuerhalten. Gerade diesen Kreisen war aber die sozialistische Drapierung der Schleicherschen Reden verdächtig, und, als nun gar unter der sonst ziemlich inhaltslosen Aera des Generalkanzlers im Reichstag

die Frage der unter dem Namen Osthilfe-Skandal bekannt gewordenen großagrarischen Subventionspolitik

begann, die Öffentlichkeit zu beschäftigen, kam Schleicher in die schwerste Bedrängnis. Die Industrie hatte, um einem „preußischen Sozialismus“ zu entgehen, das kleinere Uebel der Hitlerfreundschaft vorgezogen, und, nachdem zwischen Papen und Hitler eine Aussöhnung erfolgt war, setzte der Ansturm ein, an dem sich nun auch die großagrarischen Kreise auf das lebhafteste beteiligten. Als dann die Gefahr bestand, daß auch

der Gutsbesitz des Reichspräsidenten, Gut Nendeck,

und im Zusammenhang damit die eigenartige Steuerschiebung, durch die das Gut auf den Sohn des Reichspräsidenten übertragen worden war, mehr als ihm lieb sein konnte, Gegenstand der öffentlichen Diskussion wurden, begann Hindenburg oder vielmehr der Kreis, der hinter seinem breiten Rücken die politischen Geschäfte besorgte, von Schleicher, der niemals sich großer Beliebtheit am neudeutschen Hofe erfreut hatte, sich abzukehren.

Hatte der Januar noch Hitler nach seinen Wahlverlusten in der Defensive gesehen, so begann, nach einem propagandistisch geschickt ausgenutzten Wahlerfolg Hitlers in Lippe, sein Stern neu zu glänzen.

Als dann Herr von Schleicher die Auflösungsorder für den Reichstag verlangte, wurde sie ihm nicht gewährt.

Und dann am 30. Januar wurde das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg gebildet, nachdem noch am vorhergehenden Tage die Chancen eines Zusammenlebens der alten Harzburger Front nicht mehr sehr günstig gestanden hatten. Eingeweihte wollten wissen, daß die leider falsche Nachricht, Schleicher habe Papen und den Obersten von Hindenburg, die einen Staatsstreich planten, verhaften lassen wollen, nicht nur dazu beitrug, daß Papen und Hitler schnell handelseinig wurden, sondern daß vor allem auch der Reichspräsident unter dem Eindruck dieser Möglichkeiten es für geraten hielt, dem Bündnis seine Zustimmung zu geben. Die Kreise um Hindenburg mochten dabei glauben, daß es Herrn von Papen gelingen werde, auf Grund bestimmter Zusicherungen Hitlers die Vizekanzlerschaft in eine Art Mitkanzlerschaft und geistige Führung zu verwandeln. Die Kreise um Hindenburg sollten sich täuschen, ebenso wie die Deutschnationalen und der Stahlhelm, die denen nicht glauben wollten, die ihnen die Schwäche ihrer zukünftigen Rolle voraussagten!

Am betrüblichsten hatte das Spiel für Herrn von Schleicher geendet. Er wiederholte damals den Fehler, den die preußischen Minister vor dem 20. Juli gemacht hatten: statt zuzupacken und das in letzter Stunde bei restloser Klärlegung der Situation mögliche Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Armee gegen die nationalsozialistische Diktatur herbeizuführen, resignierte er und trat ab.

ein Bürogeneral, der keine Schlacht gewagt hatte!

Mit der Ernennung Hitlers zum Kanzler und vor allem mit der Berufung Goerings zum kommissarischen preußischen Innenminister begann jene kurze Uebergangs-ära, die in wenigen Wochen bis zu den Toren des „Dritten Reiches“ führen sollte.

Wiener Germanen.

Der Wiener PEN-Klub nahm eine Entschuldig-Bang gegen die Bücherverbrennungen an. Vier nationalsozialistische Mitglieder erklärten darauf ihren Austritt. Sie heißen Robert Hohlbauer, Conte Corii, Franz Spunda und Hugo Jeluschnig.

Nr. 2

Statistik und Verlag
Vertrieb: „Neuer Vorwärts“
Prüfung Nr. 101

Verleger: Ernst Schöler
Korrespondenz-Verantwortlicher:
Wassil Hark
Karlhub
Druck: „Grafia“, Karlsbad

Neuer

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
25. Juni 1933

Bezugspreis für die CSR:
Einsendungspreis - 80 1.00
Wochenpreis - 4.-
Vertriebspreis - 14.-
Einsendungspreis für den Ausland:
Einsendungspreis - 80 2.-
Wochenpreis - 4.-
Vertriebspreis - 14.-

Ich bestelle den „Neuen Vorwärts“ und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.

Name und Vorname

Wohnort und Postanstalt

Straße und Hausnummer

Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an: **Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, CSR.**
Haus „Graphia“ senden.